

# Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 17

Steffen Kailitz

## **Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus**

Sankt Augustin, November 2000

Redaktionelle Betreuung: Raul Baus, Gabriele Klesz

### **Inhalt**

1.	Einleitung	5
2.	Rechtsextremistische Parteien	7
2.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	7
2.2	Deutsche Volksunion (DVU)	15
2.3	Die Republikaner (REP)	21
3.	Neonationalsozialismus und Rechtsterrorismus	30
4.	Skinhead-Szene und fremdenfeindliche Gewalttaten	37
5.	Vom Flugblatt zur Homepage: Die Modernisierung rechtsextremer Kommunikation	46
6.	Schlussbetrachtung	50
	Der Autor	56

---

### **Download-Publikation**

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

## 1. Einleitung

Ausgelöst durch fremdenfeindliche Übergriffe und den Bombenanschlag von Düsseldorf am 27. Juli 2000<sup>1</sup>, der neun Menschen schwer verletzte, ist eine breite gesellschaftliche Diskussion um den Rechtsextremismus entbrannt.<sup>2</sup> Diese Überblicksdarstellung soll einen Beitrag zu einer sachgerechten politischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rechtsextremismus leisten. Sie beschäftigt sich mit der Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus – und zwar sowohl mit dem parteipolitisch organisierten (DVU, NPD, REP) als auch mit dem nicht parteipolitisch organisierten, gewaltbereiten Extremismus (Skinheads, neonationalsozialistische Gruppierungen).<sup>3</sup> Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Zeit nach der deutschen Vereinigung. Es wird dabei u.a. auf neue Aktionsformen der Rechtsextremisten, vor allem durch die Nutzung des Internets, eingegangen. Auf folgende Fragen sollen Antworten gefunden werden: Welche neuen Entwicklungen zeigen sich im Feld des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus sowie des nicht parteipolitisch organisierten gewaltbereiten Rechtsextremismus? Ist der Rechtsextremismus – wie in der medialen Debatte derzeit vielfach dargestellt – ein ostdeutsches oder doch eher ein gesamtdeutsches Phänomen? Ist der Rechtsextremismus in Deutschland verbreiteter und gefährlicher als in anderen Demokratien?

Einleitend ist zunächst die Frage der Definition des Rechtsextremismus zu klären. Der Rechtsextremismus ist ein Teil des politischen Extremismus. Es macht keinen Sinn vom Rechtsextremismus zu sprechen, die Existenz eines

---

<sup>1</sup> Mit Blick auf dieses Attentat gibt es allerdings bislang keine Hinweise, dass es sich bei den Tätern um Rechtsextremisten handelt. Die medialen Spekulationen über den Tathintergrund beruhen wesentlich darauf, dass sieben der Opfer Juden aus der ehemaligen Sowjetunion sind. Vgl. u.a. Marcus Meier, Spekulationen um Täter. Noch ist nicht sicher, ob es sich um einen fremdenfeindlichen Anschlag handelte, in: die tageszeitung vom 29. Juli 2000.

<sup>2</sup> Vgl. u.a. Armin Fuhrer, Breite Debatte um rechtsextreme Übergriffe, in: Die Welt vom 1. August 2000.

<sup>3</sup> Vgl. zur Thematik dieser Broschüre auch: Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999; ders., Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 22. September 2000, B 39/2000, S. 3-14; Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2000; Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland, Bonn 1999.

Linksextremismus jedoch zu leugnen.<sup>4</sup> Zum Spektrum des „politischen Extremismus“ gehören politische Bewegungen und Personen, deren Ideologie und/oder Aktionen sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat und dessen grundlegende Werte und Verfahrensregeln richten.<sup>5</sup> Gelangen politische Extremisten an die Macht, beseitigen sie den demokratischen Verfassungsstaat und errichten eine autoritäre oder totalitäre Diktatur.<sup>6</sup> Rechtsextremistisch ist jede Gruppierung und Person, die aus rassistischen (Nationalsozialisten) oder kulturellen (Deutsch-Nationalisten) Gründen bestimmten Teilen der Bevölkerung, vor allem Ausländern und Staatsbürgern ausländischer Abstammung, keine oder nur partielle Rechte zubilligen wollen und/oder diese aus dem Land treiben wollen. Die einen stellen die „Volksgemeinschaft“ in den Mittelpunkt ihrer Gedankenwelt, die anderen die Nation. Allen Rechtsextremisten gemeinsam ist das Streben nach einer ethnisch homogenen Gemeinschaft. Politische Gewalttaten aus diesem Spektrum richten sich in erster Linie gegen Angehörige ethnischer Minderheiten. Im Vordergrund steht der Gegensatz zur Demokratie.

Der Extremismusbegriff lässt sich enger oder weiter fassen. Ein Verständnis, demzufolge jede Bewegung oder Person als extremistisch gilt, die eine antidemokratische und/oder antikonstitutionelle Weltanschauung vertritt, ist umfassender als eine Interpretation, die dieses Etikett nur vergibt, wenn politisch motivierte Gewalt ins Spiel kommt. Die Bundesrepublik Deutschland zog aus dem Aufstieg der NSDAP die Lehre, dass nicht nur Mittel, sondern auch Ziele eine demokratische Verfassung aus den Angeln heben können. Die Unterscheidung zwischen extremistischen Mitteln (Anwendung politischer Gewalt) und extremistischen Zielen darf allerdings nicht verwischt werden. Beispielsweise vertritt die Deutsche Volksunion (DVU) eine rechtsextremistische Ideo-

---

<sup>4</sup> Vgl. zum Linksextremismus u.a. Jürgen Lang/Patrick Moreau, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

<sup>5</sup> Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe 1996, Bonn 1996, S. 40-60; Carmen Everts, Politischer Extremismus – Nur ein Kampfbegriff? Eine extremismustheoretische Begriffsbestimmung und Anwendbarkeitsprüfung am Beispiel der Partei „Die Republikaner“ und der „Partei des demokratischen Sozialismus“, unveröffentlichte Dissertation, TU Chemnitz 1999.

<sup>6</sup> Vgl. u.a. Juan José Linz, Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin 2000.

logie, wendet aber keine Gewalt an und propagiert diese auch nicht.<sup>7</sup> Der überwiegende Teil der fremdenfeindlichen Straftaten in den letzten Jahren geht wiederum auf das Konto von Tätern, die über kein geschlossen rechtsextremistisches Weltbild verfügen. Geht man ausschließlich von den Zielen aus, zählt die DVU zum Rechtsextremismus, geht man einzig von den Mitteln aus, dagegen nur die diffus politisch motivierten Gewalttäter. Sinnvoll ist es beide Erscheinungsformen als Varianten des Extremismus zu betrachten. Die jeweilige Gefährdung des demokratischen Verfassungsstaates durch eine extremistische Gruppierung lässt sich anhand der Radikalität der Ideologie, der Größe der Anhängerschaft, des Organisationsgrades und der Form der Aktionen gegen die demokratische Konstitution bestimmen.

## 2. Rechtsextremistische Parteien

### 2.1 *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*

Die NPD entstand am 28. November 1964. Sie sollte als Sammelbewegung des zersplitterten rechtsextremen Lagers fungieren.<sup>8</sup> Erster Vorsitzender der Partei wurde Friedrich Thielen. Programmatisch versuchte sich die NPD einen demokratischen Anstrich zu geben, ihr damaliges Programm lässt sich aber klar der deutsch-nationalen Richtung des Rechtsextremismus zuordnen. Zu den höchsten Werten der Partei zählten Nation, Staat und Volk. Die deutsche Teilung wurde aus dieser Perspektive verbittert beklagt, die Westbindung der Bundesrepublik ebenso angefeindet wie die Ostpolitik. Zudem machte sich die NDP für ein härteres Durchgreifen im Strafvollzug und die „Eindämmung der Gastarbeiterinvasion“<sup>9</sup> stark. Der Antikommunismus war bei der NPD ausgeprägt, angestrebt wurde ein Bündnis der Deutschen „mit den antikommunisti-

---

<sup>7</sup> Vgl. Gerhard Frey, Hass und Gewalt statt Anstand und Recht? 12 Kardinal-Irrtümer pseudo-rechter Krimineller, Online im Internet: <http://www.dsz-verlag.de/Anstand.html> (Stand: 18. September 2000).

<sup>8</sup> Eine Parteigeschichte auf aktuellem Stand bietet: Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999.

<sup>9</sup> Wertheimer Manifest 1970 der NPD, in: Siegfried Hergt (Hrsg.), Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Grundsatzprogramme und aktueller politischer Ziele, 6. Aufl., Opladen 1974, S. 393.

schen Völkern unseres Kontinents“.<sup>10</sup> Die Partei forderte einen starken homogenen Staat, „der alle Teilbestrebungen als Wahrer des Ganzen zusammenfasst [...] und vom Volk als seinem alleinigen Souverän getragen wird“.<sup>11</sup>

Mitte der sechziger Jahre konnte die NPD in sieben Landtagen 61 Abgeordnetenstühle besetzen. In Hessen zog sie 1966 mit 7,9 Prozent, in Bayern mit 7,4 Prozent in den Landtag ein. Mitten im Aufwind der Partei wurde der eher gemäßigte Thielen 1967 durch den radikaleren Adolf von Thadden ersetzt. Auf die Wahlergebnisse hatte dies keine negativen Auswirkungen. Auch bei allen Wahlen des Jahres 1968 übersprang die NPD die Fünf-Prozent-Hürde: Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Niedersachsen (7 Prozent), Bremen (8,8 Prozent). Ihr bestes Wahlergebnis erreichte die Partei bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen 1969 scheiterte die Partei mit 4,3 Prozent.

Nachdem die hohen Erwartungen der Partei enttäuscht wurden, geriet die NPD in eine Krise. Im gleichen Maße wie die Zahl der Mitglieder und Anhänger schmolz, radikalisierte sich der Kurs. So machte die wesentlich von der NPD getragene „Aktion Widerstand“ und vor allem ihr Umfeld nicht nur durch Hetzparolen wie „Brandt an die Wand“ und „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehenkt“, sondern auch durch militante Aktionen gegen die sowjetische Botschaft, eine DKP-Redaktion in Hamburg und ein DGB-Büro in Berlin Front gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. 1971 nach der Wahl Martin Mußgnugs zum Nachfolger Thaddens spaltete sich unter der Führung des bayerischen Landesvorsitzenden Siegfried Pöhlmann die „Aktion Neue Rechte“ ab. In den siebziger Jahren verbreitete sich in den Reihen der NPD zunehmend Resignation. Die Mitgliederzahl sank von 1969 bis 1979 von 28.000 auf 8.000 Mitglieder.

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 357.

<sup>11</sup> Ebd.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung der NPD 1965-1979

Jahr	Mitglieder
1965	13.700
1966	25.000
1967	28.000
1968	27.000
1969	28.000
1970	21.000
1971	18.300
1972	14.500

Jahr	Mitglieder
1973	12.000
1974	11.500
1975	10.800
1976	9.700
1977	9.000
1978	8.500
1979	8.000

Quelle: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik seit 1960. Dokumentation und Analyse von Verfassungsschutzberichten, München 1982, S. 20.

In den achtziger Jahren gelang es der Partei ab und an Achtungserfolge zu erringen. So vereinigte der Parteivorsitzende Mußnug bei den Oberbürgermeisterwahlen im baden-württembergischen Tuttlingen 15,05 Prozent der Stimmen auf sich. Erstmals seit den siebziger Jahren konnten die Werte der NPD bei Landtagswahlen in Prozenten und nicht nur in Promille angegeben werden. Bei Wahlen blieb die Partei in den achtziger und neunziger Jahren dennoch deutlich hinter den Ergebnissen der REP und der DVU zurück. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie mit Rückenwind der Zeitungen Freys bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1988 mit 2,1 Prozent und bei den schleswig-holsteinischen im Mai 1988 mit 1,2 Prozent. Im März 1989 gewann die Partei bei den Wahlen zur Frankfurter Stadtverordnetenversammlung 6,6 Prozent der Stimmen. Nicht zuletzt die Parteifinzen erholten sich aufgrund staatlicher Wahlkampfkostenzuschüsse.

Anfang der neunziger Jahre brodelte es dennoch in der Partei. Auf dem Bundesparteitag 1991 plädierten der Vorsitzende Martin Mußnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger für eine Auflösung der „abgewirtschafteten“ Partei und ihr Aufgehen in der „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“; Günter Deckert und seine Getreuen wehrten sich gegen dieses Vorhaben. Die Kampf Abstimmung über das Amt des Vorsitzenden zwischen Mußnug und Deckert war auch eine Wahl des künftigen Kurses. Deckert setzte sich durch.

Er ist Anhänger einer „national-revolutionären“ Linie und legte einen Schwerpunkt auf die Verbreitung des „Revisionismus“ im Sinne einer Verharmlosung des Nationalsozialismus.<sup>12</sup> Zusammen mit Mußnug und Schützing verließ ein bedeutender Teil der Mitglieder die Partei.<sup>13</sup> Schützing wurde zu einem der Vorstandssprecher der aus der „Deutschen Allianz“ hervorgegangenen Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Deckert läutete derweil eine Radikalisierung der NPD in Richtung Neonationalsozialismus ein, die vorherige demonstrative Abgrenzung wurde zunehmend unterlaufen. So kandidierte der Neonationalsozialist Ewald Bela Althans auf der NPD-Liste zur Münchener Stadtratswahl 1994. Vor allem die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die 1969 entstandene Jugendorganisation der NPD, kooperierten zunehmend mit neonationalsozialistischen Gruppierungen. Mitglieder der JN beteiligen sich seit 1992 im August an der „Rudolf Heß-Aktionswoche“.<sup>14</sup>

Nach einer Verurteilung Deckerts wegen der Leugnung des Holocaust wurde er 1995 kurz vor dem Antritt seiner Gefängnisstrafe vom Bundespräsidium der NPD seines Amtes enthoben. Auch Deckerts Nachfolger als Parteivorsitzender, Udo Voigt, kappte die Verbindungen zum neonationalsozialistischen Spektrum nicht.<sup>15</sup> Inzwischen gehören Neonationalsozialisten wie Steffen Hupka<sup>16</sup>, Jens Pühse und Frank Schwerdt zum Bundesvorstand der NPD. Vorsitzender des Bundesschiedsgerichts ist Wolfram Narath, der ehemalige Bundesführer der verbotenen „Wiking-Jugend“. Im neuen Parteiprogramm

---

<sup>12</sup> Vgl. zur Person Deckerts: Gerhard Hertel, Biographisches Porträt: Günter Deckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 202-212.

<sup>13</sup> Vgl. Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 157-167.

<sup>14</sup> In den letzten Jahren konnte die Polizei durch präventives Eingreifen die Organisation einer zentralen Demonstration verhindern.

<sup>15</sup> Vgl. zur jüngsten Entwicklung der NPD: Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166; Michael Schmitz, Die NPD in den Verfassungsschutzberichten 1995-1999, Sankt Augustin 2000.

<sup>16</sup> Steffen Hupka wurde inzwischen aus dem Bundesvorstand der NPD abgewählt. Zudem wurde ein Parteiausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet, weil er im Zuge der Verbotsdiskussion um die NPD gegen den Willen der übrigen Parteiführung eine Demonstration anmeldete. Hupka hatte weiterhin innerhalb der NPD eine „Revolutionäre Plattform“ gegründet, die mittels „revolutionären Streben und Handeln“ die „absolute Macht“ in Deutschland erringen wollte.

vom Dezember 1996 bekannte sich die NPD zum Prinzip der Volksgemeinschaft: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Politische Ordnungsformen müssen so geordnet sein, dass sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln“.<sup>17</sup> Im Mitteilungsblatt des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, „Deutsche Zukunft“, agitierte die Partei 1996 u.a. gegen die „Pfleger aller Minderwertigen und Hässlichen“, gegen die „Verführung zum mosaischen (kapitalistischen und sozialistischen) Materialismus“, gegen die „Unterwanderung durch andersrassige Volksfremde“ und gegen die „Verharmlosung der Bastardisierung“. Der stellvertretende Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, Wolfgang Frenz, steht für die offene Hinwendung eines Teils der NPD-Funktionäre zu einem Rassismus, der jenem der NSDAP nicht mehr nachsteht: „Man braucht eine regenerierte weiße Rasse und neue Führer um Europa im alten Glanz wieder herstellen zu können.“<sup>18</sup> Für Frenz ist Adolf Hitler eine „Jahrtausendgestalt der Geschichte“. Für die Zukunft prognostiziert der NPD-Funktionär: „Das neue Jahrhundert wird mit einer 50-jährigen Zeitverschiebung den Nationalsozialisten recht geben und die jüdische Vorherrschaft in Politik und Geldwirtschaft beenden“.<sup>19</sup> Kaum mehr verhohlen wird mit solchen Tiraden der Völkermord an den Juden gerechtfertigt, der ansonsten im Umfeld der NPD in Anlehnung an den „Leuchter-Report“ geleugnet wird.

Das Etikett „Verfassungsfeindlichkeit“, gegen das sich REP und DVU weiterhin wehrten, wurde nun mit Stolz an die eigene Brust geheftet. So erklärte der damalige JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel in seiner Eröffnungsrede auf dem NPD-Wahlkongreß im Februar 1998: „Ja, liebe Freunde, wir sind stolz darauf, dass wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsberichten stehen und dort als feindlich, verfassungsfeindlich, gegen dieses System gerichtet genannt sind. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich!“<sup>20</sup> Auch Udo Voigt macht keinen Hehl mehr aus der Demokratiefeindlichkeit der Partei und erhebt in ihrem Namen den Anspruch „eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalisti-

---

<sup>17</sup> NPD-Parteiprogramm zitiert nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 129.

<sup>18</sup> Wolfgang Frenz, Der Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden, Solingen 1998, S. 54.

<sup>19</sup> Ebd., S. 85.

<sup>20</sup> Holger Apfel zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 55.



schen System der BRD bilden zu können".<sup>21</sup> Drohend verkündete er in der Festschrift zum 35-jährigen Bestehen der Partei: „Unser revolutionärer Kampf fängt jetzt erst richtig an.“<sup>22</sup> Gesellschaftlich ist die NPD mit ihrer neonationalsozialistischen Programmatik isoliert. So erreichte sie beispielsweise bei den Landtagswahlen 1996 in Hamburg 0,1 Prozent, in Bayern 1998 0,2 Prozent, bei den Bundestagswahlen 0,3 Prozent, bei den Europawahlen 1999 0,4 Prozent und bei den Landtagswahlen 1999 in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen und Saarland zwischen 0,2 und 0,8 Prozent. In den östlichen Bundesländern sind die Ergebnisse der NPD ab und an etwas höher: Mecklenburg-Vorpommern 1998 (1,1 Prozent), Sachsen 1999 (1,4 Prozent). Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 2000 erreichte sie – ohne Konkurrenz von DVU und REP – gerade einmal 1,0 Prozent der Stimmen. Die NPD verzeichnete allerdings zwischen 1996 und 1998 einen beachtlichen Zuwachs von 3.500 auf 6.000 Mitglieder. Seither stagniert die Zahl. Neue, vor allem junge männliche Mitglieder laufen der NPD nur in den östlichen, nicht in den westlichen Bundesländern zu. Der stärkste Landesverband findet sich inzwischen in Sachsen mit ca. 1.400 Mitgliedern.

---

<sup>21</sup> Udo Voigt zitiert nach [www.npd.net](http://www.npd.net) (Stand: 12. September 2000).

<sup>22</sup> Ders., Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Grosse steht im Sturm. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN – Geschichte einer jungen Partei, Stuttgart 1999, S. 475.

Tabelle 2: Mitgliederentwicklung der NPD 1980-2000

Jahr	Mitglieder
1980	7.200
1981	6.500
1982	6.000
1983	6.000
1984	6.100
1985	6.100
1986	6.100
1987	6.200
1988	6.400
1989	7.000
1990	6.500

Jahr	Mitglieder
1991	6.100
1992	5.000
1993	5.000
1994	4.500
1995	4.000
1996	3.500
1997	4.300
1998	6.000
1999	6.000
Mitte 2000	ca. 6000

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Die NPD folgt strategisch derzeit einem „Drei-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um Parlamente“ umfasst.<sup>23</sup> Aufmerksamkeit erregt die NPD momentan freilich nicht durch ihre mageren Wahlergebnisse oder durch intellektuell anspruchsvolle Pamphlete, sondern durch von ihr organisierte martialische Demonstrationen. Die NPD sieht sich dabei als Speerspitze einer „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO). Ihren öffentlichkeitswirksamsten Auftritt erzielten die NPD und ihr Umfeld mit einer Demonstration im März 1997 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“ mit rund 5.000 Teilnehmern. Seit den siebziger Jahren war es Rechtsextremisten nicht mehr gelungen, so viele Menschen auf die Straßen zu bringen. Im Januar 1998 marschierten in Dresden 1.200, am 30. Januar 1999 1.000 Teilnehmer in Kiel gegen die Wehrmachtausstellung. Am „Tag des nationalen Widerstands“ am 7. Februar 1998 nahmen sogar rund 6.000 Rechtsextremisten teil. Am 29. Januar 2000 organisierte die von der NPD mitgetragene „Bürgerinitiative gegen das Holocaustdenkmal“ eine Demonstration mit rund 500 Teilnehmern.

<sup>23</sup> Vgl. Strategiepapier des NPD-Parteivorstandes, Das strategische Konzept der NPD, in: Ebd., S. 356-360.

Auf der Abschlusskundgebung agitierte neben Udo Voigt und dem Berliner NPD-Funktionär Andreas Storr auch Christian Worch gegen das Mahnmal. Als Erfolg wurde die Aktion im neonationalsozialistischen Spektrum um die NPD gewertet, weil die „Nationalen“ nur wenige Tage vor dem nationalsozialistischen „Tag der Machtergreifung“ durch das Brandenburger Tor marschierten. Eine Demonstration am 12. März 2000, dem 62. Jahrestag des deutschen Einmarsches in Österreich, stand vor dem Hintergrund einer Solidarisierung mit Haiders FPÖ unter dem großdeutschen Motto: „Wir sind ein Volk – nationale Solidarität“.

Udo Voigt legt bei seiner Amtsführung einen Schwerpunkt auf die Betonung national-„sozialistischer“ Forderungen der NPD.<sup>24</sup> Weit stärker noch als in den westlichen Landesverbänden wird diese Komponente im Osten betont. Während ostdeutsche NPD-Aktivisten die demokratischen Parteien verachten, bringen sie der PDS Sympathie entgegen. So sah Michael Nier, Kandidat der NPD bei den sächsischen Landtagswahlen und zu DDR-Zeiten Professor für dialektischen und historischen Materialismus nur zwei Parteien die in Deutschland ein Fiasko verhindern könnten: „die PDS in Teilen und gänzlich die NPD“.<sup>25</sup> Der sächsische Landesverband distanzierte sich auf einem Flugblatt ausdrücklich von REP und DVU, die sich mit den „Systemparteien“ in einem „böartigen Antikommunismus“ einig seien und forderte „ehemalige Hoheitsträger und Funktionäre der DDR“<sup>26</sup> auf, sich in der NPD zu engagieren. Die nationalbolschewistische Ausrichtung der ostdeutschen Landesverbände der NPD durch den stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans-Günter Eisenacker stieß in den westlichen Landesverbänden auf harte Kritik. Besonders die Sympathiebekundungen für DDR und PDS stießen beim antikommunistisch ausgerichteten Teil der NPD auf wenig Gegenliebe. Voigt musste dem Tribut zollen, lobte die DDR aber dafür im Vergleich zur Bundesrepublik das „deutschere Deutschland“<sup>27</sup> gewesen zu sein. Im Zuge innerparteilicher Auseinandersetzungen spaltete sich im März 1999 der Landesverband Mecklenburg-

---

<sup>24</sup> Vgl. Udo Voigt, Für eine neue Ordnung, in: Deutsche Stimme 21 (1996), Nr. 10.

<sup>25</sup> Michael Nier zitiert nach Karsten Kehr, Die zweite Karriere, in: Berliner Morgenpost vom 5. August 1999. Seit Mitte 2000 rückt Nier von der NPD ab. Vgl. dazu das NPD-Organ: Deutsche Stimme (2000), Nr. 7, S. 22.

<sup>26</sup> Flugblatt der sächsischen NPD zitiert nach Pfahl-Traughber (Anm. 15), S. 157.

<sup>27</sup> Udo Voigt zitiert nach ebd., S. 158.

Vorpommerns, rund die Hälfte der 600 Mitglieder gründete die „Sozialistische Volkspartei“, die sich an Nord-Korea und China orientiert. In Thüringen trennte sich wiederum eine Gruppierung „Bund deutscher Patrioten“ von der NPD. Im Zuge der Verbotsdiskussion der letzten Monate zog die NPD Sympathien aus dem gesamten rechtsextremistischen Lager auf sich. Die Parteiführung gibt an, mehr als 500 neue Mitglieder gewonnen zu haben.<sup>28</sup> Die Mehrheit des nicht-nationalsozialistischen rechtsextremen Spektrums reagiert jedoch mit Unverständnis auf die Radikalisierung der NPD.<sup>29</sup> Gegenwärtig übt sich die NPD in Zurückhaltung, um nicht noch Öl ins Feuer der Verbotsdiskussion zu gießen.

## 2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

Die DVU wurde am 18. Januar 1971 von Gerhard Frey, dem finanzkräftigen Verleger u.a. der „Deutschen National-Zeitung“ (damalige Auflage: ca. 70.000) und „Deutschen Wochen-Zeitung“ (damalige Auflage ca. 30.000)<sup>30</sup>, als überparteiliche, „national-freiheitliche“ Sammlungsbewegung gegründet.<sup>31</sup> Sie vertritt seither einen traditionellen Deutsch-Nationalismus, dessen höchster Wert die deutsche Nation ist. Im Umfeld der DVU installierte der Vorsitzende ab

---

<sup>28</sup> Die Zahl dürfte sich bei einer Überprüfung als weit überhöht erweisen.

<sup>29</sup> Vgl. u.a. die Ausführungen des ehemaligen NPD-Mitglieds Manfred Rouhs, Verleger der rechtsextremen Publikation „Signal“ und derzeit für die rechtsextreme Splitterpartei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ aktiv: Ders., Die NPD vor dem Verbot: Online im Internet: [http://www.signal-online.de/npd\\_verbot.htm](http://www.signal-online.de/npd_verbot.htm) (Stand: 20. September 2000): „Dummes Geschwätz, dumme Aktionen, der Schulterschluss mit den falschen Leuten und ein abschreckendes Erscheinungsbild eines Teils der NPD/JN-Mitglieder machen ein Ende mit Schrecken absehbar.“

<sup>30</sup> Im Laufe der Jahre ging die Auflage stetig zurück. 1999 betrug die Auflage der „Deutschen National-Zeitung“ noch ca. 33.000 Exemplare, jene der „Deutschen Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ noch ca. 17.000. Mitte 1999 fusionierten beide Publikationen schließlich zur „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ mit ca. 48.000 verkauften Exemplaren.

<sup>31</sup> Vgl. zur bisherigen Entwicklung der DVU: Bundesamt für Verfassungsschutz, „Deutsche Volksunion“ (DVU). Strukturanalyse einer rechtsextremistischen Partei, Köln 1998; Gerhard Hertel, Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen, München 1998; Stefan Mayer, Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 184-198; Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998.

1979 sogenannte Aktionsgemeinschaften: „Aktion Oder-Neiße“, „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“, „Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur“, „Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten“, „Initiative für Ausländerbegrenzung“, „Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda“

Frey war zunächst parallel in der NPD engagiert, kandidierte – erfolglos – 1975 für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. Wohl auch weil Frey der Weg an die Spitze der NPD versagt blieb, strebte er nun eine eigene Parteigründung an. Im März 1987 trat die Partei „DVU-Liste D“<sup>32</sup> an die Seite des Vereins DVU. Die DVU forderte in ihrem knappen, zunächst nur einseitigen Programm „Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung der Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern“.<sup>33</sup> Als Motto diente die Formel „Deutschland zuerst“. Ein programmatischer Schwerpunkt war zudem die Verfeinerung der Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Einebnung des Genozids an den europäischen Juden mit – tatsächlichen und vermeintlichen – alliierten Kriegsverbrechen an den Deutschen. Modifikationen des Programms im Laufe der Parteigeschichte – zuletzt 1993 – änderten nichts an seinem Kern.<sup>34</sup> Stärker als zuvor wurde 1993 gegen die Auflösung Deutschlands „in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer Europäischen Union“ polemisiert. Das demonstrative, formale Bekenntnis der Partei zum Grundgesetz wurde konterkariert durch die programmatische Ausrichtung. Deutlicher als im Parteiprogramm der DVU zeigt sich die rechtsextremistische Ausrichtung in den inoffiziellen Parteiorganen, der „Deutschen National-Zeitung“ und der „Deutschen Wochen-Zeitung“. Heftig und häufig polemisieren die Artikel gegen Vergangenheitsbewältigung und Ausländer.

Die Partei arbeitete zunächst eng mit der NPD zusammen. Auf Antrieb erreichte die DVU 1987 in einem Wahlbündnis mit der NPD bei der Bremer Bürgerschaftswahl 3,4 Prozent der Stimmen.<sup>35</sup> Dies leitete nach den rechtsextremen Wahlerfolgen der SRP in den fünfziger, der NPD in den sechziger Jahren

---

<sup>32</sup> Der Zusatz „Liste D“ wurde 1991 aus dem Parteinamen gestrichen.

<sup>33</sup> Programm der DVU-Liste D (1987), in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: Dokumentation, Köln 1989, S. 95.

<sup>34</sup> Vgl. ebd., S. 96.

<sup>35</sup> Auf der Liste für die Europawahl fand sich u.a. der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug.

eine neue Welle rechtsextremer Achtungserfolge bei Wahlen ein. Trotz eines enormen Aufwands für den Wahlkampf zur Europawahl 1989 blieb die DVU mit 1,6 Prozent im Schatten des Erfolgs der REP (7,1 Prozent). Weitere Erfolge der DVU waren das Erreichen von 6,2 Prozent bei den Landtagswahlen 1991 in Bremen und 1992 von 6,3 Prozent der Stimmen in Schleswig-Holstein. 1996 scheiterte die DVU in Schleswig-Holstein mit 4,3 Prozent knapp und 1997 in Hamburg mit 4,97 Prozent haarscharf an der Fünf-Prozent-Hürde.

Bis zum Jahr 1998 hatte die DVU die östlichen Bundesländer links liegen lassen und war dort nicht zu Wahlen angetreten. Nun schien Frey die Zeit günstig, um an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt teilzunehmen. Die Parolen der Partei richteten sich in erster Linie gegen die demokratischen Politiker: „Nicht das Volk – die Politbonzen sollen stempeln gehen!“ und „Deutsche lasst euch nicht zur Sau machen. DVU – Der Protest bei der Wahl gegen Schweineereien von oben“. Unverhohlen buhlte sie mit dem Slogan „Protest wählen – Deutsch wählen“ um die Gunst politisch Unzufriedener, potentieller Protestwähler. Die DVU säte auf fruchtbarem Boden und konnte mit 12,9 Prozent ihren größten Erfolg feiern. Dies ist das höchste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Zudem ist die DVU damit die erste rechtsextreme Partei, die in ein ostdeutsches Parlament – mit 16 Abgeordneten – einziehen konnte. In der Wählergruppe bis 30 Jahre konnte die DVU bei den Wahlen im Magdeburg sogar alle anderen Parteien hinter sich lassen.<sup>36</sup> Der Erfolg der Partei in Sachsen-Anhalt zog neue Mitglieder an. Selbst Franz Schönhuber ließ sich nun von seinem früheren Intimfeind Frey für die DVU anwerben. Sowohl bei den Bundestagswahlen 1998 als auch bei der Europawahl 1999 sollte er auf einem Spitzenplatz der DVU-Liste stehen. Auffällig war dabei, dass der begabte Redner Schönhuber im Bundestagswahlkampf jedoch nicht für die DVU auftrat. Nach dem Scheitern der DVU bei den Bundestagswahlen mit 1,2 Prozent und dem deutlich niedriger als erwarteten Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern am gleichen Tag mit 2,9 Prozent verzichtete Schönhuber allerdings auf weitere Kandidaturen. Mit dem Wechsel des Wahlglücks von den Republikanern zur DVU kandidierten nun auch weitere ehemalige REP-Funktionäre, die mit dem Abgrenzungskurs Schlierers haderten, für die DVU, so u.a. die ehemaligen stellvertretenden

---

<sup>36</sup> Vgl. Viola Neu/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26.04.1998, Sankt. Augustin 1998.

Bundvorsitzenden der REP, Rudolf Krause und Otmar Wallner<sup>37</sup> sowie der ehemalige Vorsitzende des Schiedsgerichts der REP Hartmut Koch. Bei den Wahlen in Brandenburg konnte die DVU 1999 ebenfalls mit 5,3 Prozent der Stimmen in den Landtag einziehen. In Bremen gelangte sie mit landesweiten 3 Prozent aufgrund ihres Wahlergebnisses in Bremerhaven (6 Prozent) zum dritten Mal in die Bürgerschaft. Beim Thüringer Urnengang im September 1999 erlitt die Partei dagegen mit 3,1 Prozent der Stimmen einen Rückschlag, hatte sie doch große finanzielle Mittel eingesetzt und mit einem sicheren Einzug in den Landtag gerechnet.

Die DVU ist im rechtsextremen Spektrum die mitgliederstärkste Partei, wenn auch bis 1997 mit stark abnehmender Tendenz (1992: ca. 26.700 Mitglieder; 1997: ca. 15.000 Mitglieder). Erst mit dem Erfolg in Sachsen-Anhalt wurde der Trend – kurzzeitig – umgedreht. Die Mehrzahl der Mitglieder sind „Karteileichen“. Der schnelle Mitgliederzuwachs der DVU nach der Parteigründung war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Beitrag unabhängig vom Einkommen lediglich 3 DM betrug.

Tabelle 3: Mitgliederentwicklung der DVU 1987-2000

Jahr	Mitglieder
1987	14.500
1988	18.500
1989	25.000
1990	22.000
1991	24.000
1992	26.000
1993	26.000

Jahr	Mitglieder
1994	20.000
1995	15.000
1996	15.000
1997	15.000
1998	18.000
1999	17.000
2000	sinkend

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes; für das Jahr 2000 kann der Verfassungsschutz bislang nur die Tendenz angeben.

<sup>37</sup> Wallners Weg endete im Herbst 1999 bei der NPD.

Die kaum vorhandene Parteiorganisation ist nicht demokratisch, Entscheidungen trifft der Vorsitzende Frey im Alleingang. Auch finanziell hängt die Partei am Tropf Freys, dem sie ständig mehrere Millionen Mark schuldet. Die fünfzehn Landesverbände<sup>38</sup> der Partei können trotz der hohen Mitgliederzahl nur auf wenige politische Aktivisten zurückgreifen. Mit der innerparteilichen Demokratie ist es bei der DVU nicht weit her. Die Kandidaten für die Wahllisten der Partei werden in der Regel nicht gewählt, sondern durch den Parteivorsitzenden Frey bestimmt. Es lässt sich darüber streiten, ob die DVU überhaupt die Kriterien einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes erfüllt.<sup>39</sup> Fast ausschließlich bei Wahlen erschien das „Phantom“ – in Form von Wahlplakaten und Flugzetteln, nicht von Personen. Das einzige nennenswerte Zeichen eines Parteilebens ist die bereits seit 1982 jährlich in Passau organisierte „Großkundgebung der Nationalfreiheitlichen“. Die Landtagswahlkämpfe plant die Münchner Parteizentrale, nicht der jeweilige Landesverband.<sup>40</sup> Das fehlende Reservoir an attraktiven Kandidaten und an Organisationskraft zur Durchführung lokaler Veranstaltungen wird von Frey durch „Materialschlachten“ mittels Postwurfsendungen und flächendeckender Plakatierung ausgeglichen. Die Partei verzichtet auf das Aufstellen von Direktkandidaten und konzentriert sich auf Wahlwerbung für ihre Landeslisten. Der finanzielle Aufwand der DVU im Wahlkampf ist ungewöhnlich hoch. Häufig gibt die DVU mehr für ihren Wahlkampf aus als alle demokratischen Parteien zusammengenommen. Die Aktionen in Brandenburg wie Sachsen-Anhalt kosteten z.B. jeweils ca. 3 Millionen Mark. Die DVU tritt dabei nach wie vor nur dann zu Wahlen an, wenn sich Frey große Chancen auf einen Parlamentseinzug seiner Partei ausrechnet. Im Jahr 2000 trat die DVU weder zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch – überraschenderweise – zu jenen in Schleswig-Holstein an.

In den Parlamenten fielen Angehörige der DVU durch rechtsextremistische Propaganda auf. Im Landtag Schleswig-Holsteins forderte der amtierende Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz eine Art Apartheid an deutschen Schulen: „Getrennte Klassen deswegen, weil die ausländischen Kinder nicht einfach

---

<sup>38</sup> Berlin und Brandenburg bilden gemeinsam einen Landesverband.

<sup>39</sup> Im rechtsextremistischen Spektrum ist Gerhard Frey und seine Partei höchst umstritten: Vgl. u.a. Dieter Stein, Virtuelle Rechtspartei, in: Junge Freiheit vom 24. April 1998.

<sup>40</sup> Vgl. dazu auch einen ehemaligen Mitarbeiter Freys: Jörg Fischer, Ganz rechts. Mein Leben in der DVU, Reinbek 1999.



vermengt werden dürfen oder sollen mit unseren Kindern.“<sup>41</sup> An anderer Stelle skandizierte Stawitz: „Wir müssen die Scheinasylanten loswerden. [...] Rasch wird sich beim Asylganoventum in der ganzen Welt herumsprechen, daß Deutschland nicht mehr das Schlaraffenland ist, wo man Reibach machen kann.“<sup>42</sup> Alle Probleme Deutschlands entstehen aus der Perspektive der DVU-Parlamentarier aus der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland. Mediale Aufmerksamkeit erregte die DVU in Schleswig-Holstein mit einem Antrag, der die „Reinigung der Schulbücher von antideutschem Schmutz und Schund“ forderte, insbesondere sollten „Erkenntnisse“ berücksichtigt werden, die Deutschland „von der Kriegsschuld entlasten“.<sup>43</sup> Mit den Vertretern der demokratischen Parteien stand die DVU auf Kriegsfuß. So verkündete der damalige Fraktionsvorsitzende der DVU 1998 mit drohendem Unterton im Landtag Sachsen-Anhalts: „Wer den Bonner Euro-Wahn gegen den Willen von 70 Prozent des Volkes toleriert und unterstützt und auch sonst den Volkswillen mit Füßen tritt, muß den Volkszorn in Empfang nehmen. [...] Ständig werden wir sie zwingen zu erklären, was sie für die Landsleute getan haben. Wir werden sie bei jeder Sitzung fragen, und wenn es sein muß, nachts per Telefon, damit sie sich etwas bewegen.“<sup>44</sup>

Die Propaganda gegen die „Arbeitsverweigerung der Altparteien“<sup>45</sup> wird konterkariert durch die Arbeit der parlamentarischen Mandatsträger der DVU, die bislang stets durch Inaktivität, Inkompetenz und Zerstrittenheit auffielen.<sup>46</sup> In

---

<sup>41</sup> Ingo Stawitz zitiert nach Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: Inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, St. Augustin 1998, S. 32.

<sup>42</sup> Ders. zitiert nach Matthias Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997, S. 107.

<sup>43</sup> DVU-Antrag im schleswig-holsteinischen Landtag zitiert nach Hoffmann/Lepszy (Anm. 41), S. 33. Die Parlamentspräsidentin, Ute Erdsieck, verweigerte der DVU die Behandlung des Antrags.

<sup>44</sup> Helmut Wolf zitiert nach Jürgen Hoffmann, Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden 2000 (im Erscheinen).

<sup>45</sup> Vgl. Benno Friese/Renate Köhler, Arbeitsverweigerung der Altparteien. Pressemitteilung der DVU-Fraktion im Kieler Landtag vom 6. November 1992.

<sup>46</sup> Vgl. dazu u.a. Jochen Grabler/Hermann Kuhn, Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Mißbrauch des Parlaments, Bremen 1993; Hoffmann/Lepszy (Anm. 41); Norbert

Kiel wie in Bremen führten Auseinandersetzungen von Landtagsabgeordneten mit Frey, die auf eine größere Unabhängigkeit zielten, zur Auflösung der Landtagsfraktionen. Im Landtag von Schleswig-Holstein war 1996 am Ende der Legislaturperiode nur ein Abgeordneter von sechs noch in der DVU. Das gleiche Spiel setzte sich im Parlament von Sachsen-Anhalt fort.<sup>47</sup> Bereits im Frühjahr 1999 verließen vier Mitglieder die DVU-Fraktion, die Streitereien ließen dadurch kaum nach. Ende 1999 mochten zwei weitere Parlamentarier nicht länger der DVU angehören. Im Januar spaltete sich die DVU-Fraktion schließlich. Aus ihren Trümmern entstand im Februar die Fraktion der neugegründeten „Freiheitlichen Deutschen Volkspartei“ und die Fraktion „Deutsche Volksunion – Freiheitliche Liste“. Auch in diesem Fall klagten die Abtrünnigen heftig über die Zustände in der DVU: „Wir wurden doch alle aus München ferngesteuert.“<sup>48</sup>

Von den vier bisherigen Landtagsfraktionen der DVU zerbrachen drei, nur die Fraktion in Brandenburg hat – vorläufig? – noch Bestand. Die Parteifunktionäre der DVU in den Ländern scheinen immer weniger gewillt, Frey absoluten Gehorsam zu leisten. Der schleswig-holsteinische Parteifunktionär Klaus Sojka forderte, gegen Frey und sieben weitere Bundesvorstandsmitglieder ein Amtsenthebungsverfahren zu initiieren, weil diese auf eine Teilnahme der DVU an den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen 2000 verzichteten. Noch sitzt Frey jedoch fest im Sattel. Zuletzt wurde er am 16. Januar 2000 auf dem Bundesparteitag der DVU als Parteivorsitzender bestätigt.

### **2.3 Die Republikaner (REP)**

Am 26. November 1983 gründeten die enttäuschten CSU-Mitglieder Ekkehard Voigt und Franz Handlos zusammen mit dem in Bayern bekannten Fernsehmoderatoren Franz Schönhuber die „Republikaner“. Das Hauptmotiv war das Entsetzen über die Gewährung eines Milliardenkredits an die DDR durch die Fürsprache von Franz Josef Strauß. Im Unterschied zu SRP, NPD und DVU

---

Lepszy/Hans-Joachim Veen, „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, St. Augustin 1994; Schmidt (Anm. 42).

<sup>47</sup> Vgl. Hoffmann (Anm. 44).

<sup>48</sup> Wolfgang Buder zitiert nach ebd.

handelt es sich bei den REP nicht um eine genuin rechtsextremistische Partei.<sup>49</sup> Der erste Vorsitzende, Handlos, strebte eine bundesweit organisierte Partei an, die sich programmatisch kaum von der CSU unterscheiden sollte. Schönhuber, der 1981 vom Bayerischen Rundfunk wegen beschönigender Äußerungen zur Waffen-SS entlassen wurde<sup>50</sup>, schwebte dagegen ein radikalerer Rechtskurs vor. Er förderte den Übertritt von NPD-Funktionären wie Harald Neubauer, den er ins Amt des Generalsekretärs der Partei hievte. Nachdem Handlos im internen Ringen um die Macht unterlag, trat er 1985 aus der Partei aus. Den Vorsitz hatte nun Schönhuber inne, der zweite Mann war Neubauer. Aus diesem Jahr stammt auch die erste programmatische Äußerung der Partei, das nur fünf Seiten umfassende „Siegburger Manifest“.<sup>51</sup> In moderatem Ton griffen die „Republikaner“ klassische Argumentationstopoi des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus auf, ohne große Gefahr zu laufen, rechtskonservative Wähler zu verschrecken. Das Bremerhavener Programm von 1987 schlug zum Teil eine etwas deutlichere Tonart an.<sup>52</sup> So wurde ein Ende der „Umerziehung der Deutschen“ und eine „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte gefordert.

1989 sorgten die REP für reges Interesse der Medien durch ihren ausländerfeindlichen Wahlkampf in Berlin.<sup>53</sup> Die Partei warb für sich in einem Fernsehspot mit Szenen, in denen u.a. türkische Kinder spielten, unterlegt mit der Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“. Die Aufregung um den Beitrag schadete den REP nicht, sie nützte ihnen im Gegenteil sogar durch die Erhö-

---

<sup>49</sup> Der Bundesverfassungsschutz schätzte die REP keineswegs bereits seit ihrer Gründung als rechtsextremistisch ein. Erst Mitte Dezember 1992 wurde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz beschlossen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurde die Partei bereits vor diesem Zeitpunkt als rechtsextremistisch eingestuft. Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, 2. Aufl., Bonn 1993.

Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln 1990.

<sup>50</sup> Vgl. Franz Schönhuber, Ich war dabei, München/Wien 1981.

<sup>51</sup> Vgl. Die Republikaner (Hrsg.), Das Siegburger Manifest verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 16. Juni 1985 in Siegburg/Bonn, München 1985.

<sup>52</sup> Vgl. Die Republikaner (Hrsg.), Programm der Republikaner, München 1987.

<sup>53</sup> Vgl. dazu Mike Friedrichsen/Wolfram Schulz/Jens Wolling, Die Republikaner als Medienereignis: Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1989, in: Publizistik 40 (1995), Heft 2, S. 129-151.

hung des Bekanntheitsgrads der Partei. Von keinem Wahlforscher vorhergesagt, gelang es der Partei 7,5 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen. Bei den Europawahlen im gleichen Jahr konnten die REP erneut 7,1 Prozent erringen. Erstmals in Parlamenten vertreten, liefen der Partei neue Mitglieder zu. Der Fall der Mauer im Herbst 1989 schien geeignet der Partei Auftrieb zu geben, propagierte sie doch seit ihrem Bestehen offensiv die Notwendigkeit der deutschen Einheit – freilich unter Einschluss der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Wie andere rechtsextremistische Parteien und Vereinigungen propagierten die REP ihre Parolen nun auch auf dem Gebiet der DDR. Der damalige Sprecher der DDR-REP, Hans Rudolf Gutbrodtz, ging 1990 euphorisch davon aus, 20 bis 30 Prozent könnten bei den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen seine Partei wählen.<sup>54</sup> Die Probe aufs Exempel blieb im erspart. Die Volkskammer verbot die REP vor dem Wahlgang.

Die Partei war in ihrem Elan nun etwas gebremst, ein Einzug in den bayerischen Landtag galt jedoch 1990 als fast sicher, hatte bei den Europawahlen 1989 doch fast jeder achte bayerische Wähler sein Kreuz bei den REP gemacht. Der Einzug ins Maximilianeum blieb der Partei aber – wenn auch haarscharf – mit 4,9 Prozent verwehrt. Auch bei der Bundestagswahl 1990 blieben die REP mit 2,1 Prozent der Stimmen hinter ihren Erwartungen zurück. Im Osten war die durchschnittliche Zahl der Wähler noch geringer als im Westen. Der Anteil schwankte zwischen 0,7 und 1,0 Prozent der Stimmen. Die deutsche Vereinigung hatte den REP den Wind aus den Segeln genommen. Auch innerparteilich geriet die Partei ins Trudeln. Wollte Schönhuber angesichts der wachsenden Kritik in den Medien und der drohenden Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht die Partei in rechtskonservative Gewässer führen, sperrte sich Neubauer und ein bedeutender Teil der Partei gegen den Versuch der Neuorientierung. Schönhuber musste Mitte 1990 kurzzeitig zurücktreten, der bayerische Landesverband beschloss sogar, ihn aus der Partei auszuschließen. Auf dem Parteitag konnte er sich jedoch gegen die Gruppe um Neubauer durchsetzen und wurde erneut Vorsitzender der REP. Die „Palastrevolte“ war gescheitert, die Aufständigen verließen die Partei.

Schienen die REP nun im Niedergang, so standen ihre größten Erfolge noch bevor. Bei den Wahlen 1992 in Baden-Württemberg erreichte die Partei 10,9

---

<sup>54</sup> Vgl. Bartholomäus Grill, „Wir sind die Bewegung“, in: Die Zeit vom 19. Januar 1990.

Prozent der Stimmen und zog als drittstärkste Fraktion in den Landtag ein. Auf dem neuen Gipfelpunkt des Erfolgs legten die REP 1993 ein neues Programm vor, bei dem schon 1996 einige Kapitel wieder überarbeitet wurden. Programatisch blieb sich die Partei treu. So lautete eine rechtsextreme Kernvorstellung, die an eher versteckter Stelle präsentiert wurde: „Solidarität über alle Grenzen hinweg verliert ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz. Nur eine homogene Gesellschaft ist in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen.“<sup>55</sup> Mit Kreide im Mund wurde harte Kritik am westlichen Demokratiemodell geübt: „Als bedenklich muß eine soziale Entwicklung angesehen werden, die entgegen allen eigenen positiven Traditionen die Annäherung an westliche Gesellschaftsmodelle begünstigt, in denen die Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten billigend in Kauf genommen wird.“<sup>56</sup> Das Gebiet der neuen Bundesländer figuriert im Programm der REP als „Mitteldeutschland“, explizit wird die Klage über die Ausklammerung „Ostdeutschlands“ im Rahmen der „Wiedervereinigung“ erhoben. Die Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Rahmen des Zwei-Plus-Vier-Vertrags durch die deutsche Regierung wird bestritten. Die REP streben daher eine „friedliche Vollendung der deutschen Einheit unter Einbezug Ostdeutschlands“<sup>57</sup> an. Die REP lehnen aber die Europäische Union ab: Insbesondere die Maastrichter Verträge stellen nach Ansicht der REP einen „Staatsstreich von oben dar“.<sup>58</sup>

Um sich den Anschein einer nicht rechtsextremistischen konservativen Partei zu geben, legte Schönhuber verbal großen Wert auf die Abgrenzung gegenüber DVU und NPD. Noch im Mai 1994 lehnte Schönhuber ein Angebot Freys zur Kooperation ab. 1994 legten die REP in Niedersachsen mit 3,7 Prozent der Stimmen einen relativ guten Start ins „Superwahljahr“ hin.<sup>59</sup> Die folgenden Ergebnisse enttäuschten die Partei jedoch. Bei den Europawahlen fiel der Stimmanteil auf 3,9 Prozent. Im Zuge des Abwärtstrends ließ sich Schönhuber auf eine gemeinsame Presseerklärung mit Frey ein. Beide sicherten einander

---

<sup>55</sup> Die Republikaner (Hrsg.), Parteiprogramm der Republikaner 1993 mit den novellierten Kapiteln 7, 8 und 14. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 6. Oktober 1996 in Hannover, Berlin 1996, S. 74.

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Ebd., S. 8.

<sup>58</sup> Ebd., S. 13.

<sup>59</sup> Gegenüber der Landtagswahl 1990 hatten die REP 2,2 Prozent hinzugewonnen.

zu, „ihren Parteien [...] zu empfehlen, Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine Selbstblockade verhindert“.<sup>60</sup> Weiterhin formulierten die beiden Parteivorsitzenden gemeinsame Positionen in der Ausländerpolitik. Ein wesentlicher Teil der Parteispitze sprach sich gegen Schönhubers Verstoß gegen Abgrenzungsbeschlüsse aus. Der Fraktionsvorsitzende der REP im baden-württembergischen Landtag, Rolf Schlierer, kündigte an, Schönhuber auf dem kommenden Bundesparteitag das Amt des Parteivorsitzenden streitig machen zu wollen. Nach den Stimmenverlusten bei den bayerischen Landtagswahlen (3,9 Prozent) verschärfte sich die Kritik an Schönhuber. Im Osten der Republik gelang es den REP mit Wahlergebnissen zwischen 1,0 und 1,4 Prozent nicht Fuß zu fassen. Der stellvertretende REP-Vorsitzende Alexander Hausmann rief den Bundesvorstand zusammen, der die Amtsenthebung Schönhubers beschloss. Im Oktober 1994 erklärte das Landgericht Berlin den Sturz Schönhubers für ungültig, daraufhin enthob im Dezember das bayerische Landesschiedsgericht Schönhuber erneut seines Amtes. Dieser trat dennoch beim Bundesparteitag in Sindelfingen als Vorsitzender auf, verzichtete jedoch auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde Rolf Schlierer. Die Glaubwürdigkeit des Strebens, mit dem Führungswechsel von rechtsextremistischen in demokratische Gewässer zu schippern, wurde durch die Wahl zweier rechtsextremistischer Hardliner, Rudolf Krause und Otmar Wallner, zu stellvertretenden Parteivorsitzenden in Frage gestellt. Beide plädierten nicht nur für Bündnisse mit der deutsch-nationalen DVU, sondern auch mit der in neonationalsozialistische Gefilde abdriftenden NPD. Unter diesen chaotischen Rahmenbedingungen musste sich die Partei bei den Bundestagswahlen mit 1,9 Prozent begnügen.

Wie viel von der demokratischen Attitüde Schönhubers in seiner Zeit als Vorsitzender zu halten war, zeigten seine Äußerungen danach. Im Rückblick erklärte er in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa“ die von ihm angestrebte Säuberung der REP von Rechtsextremisten durch Parteiausschlüsse im Gefolge des Parteitags von Ruhrstorf zu einem verhängnisvollen Fehler und griff eine von ihm als gefährlich angesehene „Demutshaltung“ gegenüber

---

<sup>60</sup> Abdruck der Erklärung, in: Deutsche National-Zeitung vom 26. August 1994. Vgl. zur Rechtfertigung der Übereinkunft: Franz Schönhuber, In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland, Berg 1995, S. 306-316.

den etablierten Parteien durch Schlierer an.<sup>61</sup> Als Vorbild galt ihm der „Front National“ Le Pens, der in Frankreich eine Bewegung des „nationalen Widerstands“<sup>62</sup> organisiert habe. Schlierer blieb Schönhuber die Antwort nicht schuldig.<sup>63</sup> Schönhubers Rückhalt bei den REP wurde durch die Publikationen in „Nation & Europa“ noch geringer, im Juni 1995 verließ er schließlich die Partei.<sup>64</sup>

Der Austritt brachte die REP ins Schlingern. So verließen insbesondere in Bayern zahlreiche Mitglieder die Partei, nachdem Wolfgang Hüttl, ein Gefolgsmann Schönhubers, das Amt des Landesvorsitzenden an Alexander Hausmann abgeben musste. Dieser verließ seinen Posten wiederum bereits im November 1995, weil Schlierer bei den REP extremistische Tendenzen dulde. Die von allen innerparteilichen Querelen unbeirrte Marschrichtung Schlierers lautete: „Für uns kann es nur einen Weg geben: Den Weg in die Parlamente und in die Verantwortung.“<sup>65</sup> In dieser Hinsicht war der Kampf um die letzte parlamentarische Bastion der REP in Baden-Württemberg für Schlierer entscheidend, um sein politisches Überleben nicht nur als Fraktionsvorsitzender im dortigen Landtag, sondern auch als Parteivorsitzender zu sichern. Überraschend gelang es den REP mit 9,1 Prozent an ihren Erfolg von 1992 anzuknüpfen. Die REP waren somit die erste rechtsextreme Partei, der es gelang, zweimal hintereinander die Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen in einem Flächenbundesland zu überwinden. Bereits 1997 gab es jedoch wieder einen heftigen Dämpfer. In Hamburg musste sich die Partei mit 1,8 Prozent der Stimmen begnügen. Sie verlor somit drei Prozent gegenüber den vorherigen Wahlen und musste zugleich zusehen, wie die DVU ihr Wählerpotential an

---

<sup>61</sup> Vgl. ders., *Wie geht es weiter mit der deutschen Rechten?*, in: *Nation & Europa* 45 (1995), Heft 7/8, S. 5-10. Vgl. auch Franz Schönhuber im Rückblick auf elf REP-Jahre, in: *Nation & Europa* 45 (1995), Heft 2, S. 26.

<sup>62</sup> Ebd., S. 9. Vgl. dazu auch folgende umfangreiche Lobpreisung: Ders., *Le Pen. Der Rebell. Front National – Modell für Deutschland*, Berg 1997.

<sup>63</sup> Vgl. Rolf Schlierer, *Ruhrstorf war kein Flop*, in: *Der Republikaner* 12 (1995), Nr 7/8, S. 3.

<sup>64</sup> Vgl. dazu Schönhubers Schilderung der Vorgänge in folgendem Interview: Uwe Backes/Gerhard Hertel, *Dokumentation 1995 (Interview mit Franz Schönhuber)*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 130-149.

<sup>65</sup> *Die Republikaner. Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg* (Hrsg.), *Argumente*, Stuttgart o.J., S. 3.

sich zog und mehr als 4,9 Prozent der Stimmen errang. Im Osten Deutschlands stehen die REP nach den Erfolgen der DVU ohnehin in deren Schatten. Während die DVU in Sachsen-Anhalt 1998 mit 12,9 Prozent der Stimmen für Furore sorgte, mussten sich die REP mit 0,7 Prozent begnügen.

Der Abgrenzungskurs Schlierers gegenüber der rechtsextremistischen Konkurrenz erwies sich nun als ebenso wenig konsequent wie der seines Vorgängers an der Parteispitze. Schlierer und Frey verabredeten am 17. November 1998, sich keine „unnötige Konkurrenz“<sup>66</sup> zu machen. Beide Seiten hielten sich an die Abmachung. In der Folge verzichtete die DVU auf eine Wahlteilnahme in Berlin und Hessen, die REP traten in Bremen und Brandenburg nicht an. Diese Kooperation ging einigen Mitgliedern der Parteispitze nicht weit genug. So stimmte das REP-Präsidium 1999 dem Vorschlag der DVU, bei den Europawahlen eine gemeinsame Kandidatenliste vorzulegen, zu, der REP-Bundesvorstand schob dem jedoch mehrheitlich einen Riegel vor. An der Parteibasis ist der Druck in Richtung einer intensiveren Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien noch größer. Im November 1999 forderten die hessischen Kreisvorsitzenden der REP gemeinsam den Rücktritt Schlierers und mit ihm des Bundesvorstandes wegen des Abgrenzungskurses. Schlierers innerparteilicher Gegner, Christian Käs, zog jedoch nach Eröffnung des Parteitags im bayerischen Velden seine angekündigte Kandidatur für den Parteivorsitz zurück und Schlierer wurde mit 81,5 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Die Entwicklung der Mitgliederzahl der REP schwankt stark.

---

<sup>66</sup> Vermeidung unnötiger Konkurrenz. Absprachen über Wahlbeteiligung angestrebt, in: Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP vom 23. November 1998. Später bekam Schlierer Angst vor der eigenen Courage und ließ die Absprache dementieren: Es gibt weder Wahlabsprachen noch Vereinbarungen mit der DVU, in: Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP vom 28. März 1999.



Tabelle 4: Mitgliederentwicklung der REP 1983-2000

Jahr	Mitglieder
1983	150
1984	k.A.
1985	2.500
1986	4.000
1987	5.000
1988	8.000
1989	25.000
1990	20.100
1991	16.800

Jahr	Mitglieder
1992	19.900
1993	23.000
1994	20.000
1995	16.000
1996	15.000
1997	15.500
1998	15.500
1999	14.000
2000	sinkend

Quelle: Gerundete Parteiangaben; ab 1992 Verfassungsschutzberichte; für das Jahr 2000 kann der Verfassungsschutz bislang nur die Tendenz angeben.

Ab und an stehen die Parolen der REP jenen der rechtsextremistischen Konkurrenten nicht nach. So bezeichnete der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Käs auf dem Mannheimer Parteitag 1995 die „Masseneinwanderung“ als einen Versuch der „systematischen Überfremdung“, der einen „Genozid am deutschen Volk“<sup>67</sup> vorbereite. Im Oktober 1997 skandierte er auf dem „Republikanertag“: „Sie [die Ausländer] wollen einfach nur schön leben. Dafür haben wir Verständnis, aber nicht bei uns und nicht auf unsere Kosten. Wir sagen: die Zeit ist abgelaufen. Sie müssen raus!“<sup>68</sup> Der im Juni 1998 abgesetzte stellvertretende nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, Reinhardt Wnendt, fasste die selbe Meinung 1997 mit Blick auf die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in derbere Worte: „Es sind die Schwätzer von Altparteien und linke Weltverbesserer, die behaupten, verschiedene Völker könnten in einem multikulturellen Mischmasch zusammenleben, ohne daß es zu Ausschreitungen kommt. [...] Warum schmeißen wir die nicht endlich raus?“<sup>69</sup> Etwas moderater gibt sich Parteichef Schlierer: „Was wir nicht brau-

<sup>67</sup> Christian Käs zitiert nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn 1996, S. 141.

<sup>68</sup> Ders. zitiert nach Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 26 f.

<sup>69</sup> Ebd., S. 27.

chen, ist so ein multikultureller Einheitsbrei. [...] Schleichende Landnahme, so wie sie hier stattfindet, dürfen die Deutschen jetzt nicht weiter hinnehmen.“<sup>70</sup>

In einem Flugblatt im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf 1999 stellten die REP die Zuwanderung von Ausländern kaum verschleiert als Zerstörung der deutschen Lebensgrundlagen, als eine Form der Umweltverschmutzung Deutschlands dar: „Statt grüner Öko-Diktatur und Fortschrittswahn: Schutz unserer Lebensgrundlagen. Wer Natur und Heimat erhalten will, muss Zuwanderung verhindern.“<sup>71</sup> Insbesondere im Zuge des Niedergangs der Partei unter dem Vorsitzenden Schlierer, der angetreten war, die Partei in rechtskonservatives Fahrwasser zurückzuführen, verschärften sich paradoxerweise die Parolen. So lauteten Slogans bei der Berliner Landtagswahl 1999: „Junge Ausländer. Fremd, frech, kriminell?“ sowie „Multikulti ist vorbei – Libanesen und Türken ab und nach Hause!“ Um solche Forderungen umzusetzen, propagierten die REP im Bundestagswahlkampf 1998 die „ersatzlose Streichung des Grundrechtes auf Asyl“ und die Einführung eines „Zuwanderungsverhinderungsgesetz[es]“.<sup>72</sup>

Während sich die REP auf den Kampf um Parlamentssitze konzentrieren, kündigt sich in der „Republikanischen Jugend“ wenn auch bislang eher unterschwellig eine Hinwendung zum „Kampf um die Straße“ an: „Männer wie Le Pen und Haider wird es in Deutschland nicht geben, solange sich dieses Volk gegenseitig bekämpft. Es muss wieder zusammenhalten und sich gegen das wehren, was ihm nicht passt. In der DDR sind die Menschen auch auf die Straßen gegangen und haben damit ein ganzes System in den Untergang getrieben.“<sup>73</sup> Das Abschneiden der REP bei den Wahlen der letzten Jahre, mit Ausnahme der Urnengänge in Baden-Württemberg, gilt parteiintern als Katastrophe. Sollte es Schlierer bei den baden-württembergischen Landtagswahlen 2001 nicht gelingen, die letzte parlamentarische Bastion zu verteidigen, sind seine Tage als Parteivorsitzender gezählt. Dies wäre die Stunde seines Stell-

---

<sup>70</sup> Rolf Schlierer zitiert nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1999, Berlin 2000, S. 40.

<sup>71</sup> Flugblatt zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. September 1999.

<sup>72</sup> Die Republikaner, Argumente zur Bundestagswahl 1998. Diskussionspapier des Bundespräsidiums, Berlin 1998, S. 14.

<sup>73</sup> Mitgliederzeitschrift der „Republikanischen Jugend Saar“, 2. Quartal 1999 zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1999 (Anm.70), S. 43.

vertreters Christian Käs, der wohl umgehend eine stärkere Kooperation mit der DVU einleiten würde.

### 3. Neonationalsozialismus und Rechtsterrorismus

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei“ zwar bedeutsame Anknüpfungen an die nationalsozialistische Ideologie, aber es handelte sich dennoch nicht um eine Neuformierung der NSDAP. Erst über 25 Jahre nach Kriegsende bezeichneten sich – sehr kleine – Gruppierungen in Deutschland wieder als nationalsozialistisch. Der Wurzelgrund war die am Ende der sechziger Jahre innerparteilich zerrüttete NPD. Im Jahr 1971 entstanden fast zeitgleich drei neonationalsozialistische Organisationen, die „Bürger- und Bauerninitiative“ des ehemaligen „Sonderführers für Pflanzenzucht“ in Auschwitz, Thies Christophersen, die „Deutsche Bürgerinitiative“ des Rechtsanwalts Manfred Roeder, der noch in nationalsozialistischen Erziehungsanstalten geschult worden war, sowie die „Partei der Arbeit“ von Friedhelm Busse, der vor allem wegen seiner Beteiligung an Straftaten der rechtsextremen „Deutsch-Sozialen Aktion“ 1971 aus den Reihen der NPD verbannt worden war. Die Versorgung der deutschen Nationalsozialisten mit Propagandamaterial übernahm der Amerikaner Gary Rex Lauck, der Vorsitzende der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO).<sup>74</sup> Ab 1976 betrat Michael Kühnen die neonationalsozialistische Szene. Nachdem er 1977 wegen rechtsextremistischer Aktivitäten aus der Bundeswehr ausgeschlossen worden war, gründete er die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS). Obwohl nur wenige Personen der Gruppe angehörten, machte sie durch medienwirksame Aktionen von sich reden. So organisierte Kühnen 1978 einen Aufmarsch von Aktivisten, die Plakate mit der Aufschrift „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden ‚vergast‘ wurden“ trugen. Dem neonationalsozialistischen Spektrum gelang es jedoch stets nur eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verschwindend kleine Minderheit für ihre Ziele zu begeistern.

---

<sup>74</sup> Im August 1996 wurde Lauck beim Versuch der Einführung des „NS-Kampfrufs“ nach Deutschland verhaftet und wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt werden. Die NSDAP/AO setzte ihr propagandistisches Treiben jedoch auch ohne ihren „Führer“ fort, der im März 1999 wieder auf freiem Fuß kam.

Tabelle 5: Zahl der Neonationalsozialisten 1980-1999

<b>Jahr</b>	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<b>Neonationalsozialisten</b>	1.200	1.250	1.050	1.130	1.500	1.400	1.500	2.100	1.900	1.500
<b>Jahr</b>	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Neonationalsozialisten</b>	1.400	2.100	2.200	2.450	3.740	2.480	2.690	2.400	2.400	2.200

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Bis 1994 wurden nur organisierte Neonationalsozialisten aufgeführt, seither auch unorganisierte.

Die Hauptströmung des neonationalsozialistischen Spektrums folgte der Legalitätstaktik der NSDAP in der Weimarer Republik und verzichtete auf den Einsatz von Gewalt. Es entstanden jedoch auch gewaltbereite rechtsextremistische Gruppierungen. Mitte der siebziger Jahre baute der Nürnberger Graphiker Karl-Heinz Hoffmann die mit rund 500 Mitgliedern bedeutsamste militante neonationalsozialistische Gruppe in der Geschichte der Bundesrepublik auf, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Mit ausgemusterten Waffen der Bundeswehr übten die Mitglieder im Gelände für den Guerillakampf. Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ war die Keimzelle des deutschen Rechtsterrorismus. Gundolf Köhler, der eine Weile an Übungen der „Wehrsportgruppe“ teilgenommen hatte, legte beim Münchner Oktoberfest 1981 eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 219 schwer verletzte. Der Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seiner Ehefrau im Dezember 1980 ging ebenfalls auf das Konto eines Gefolgsmanns von Hoffmann. Die Vermutung der Tatbeteiligungen Hoffmanns und seiner „Wehrsportgruppe“ lag nahe, konnte jedoch nicht mit Beweisen untermauert werden. Ebenfalls im Jahre 1980 machten die „Deutschen Aktionsgruppen“ um den Ex-Rechtsanwalt Manfred Roeder mit sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen von sich reden.

Auch die Rechtsterroristen um Odfried Hepp und Walther Kexel entstammen in erster Linie der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Die neonationalsozialistischen Ziele sollten mittels eines „undogmatischen Befreiungskampfes“ vor allem gegen die als Besatzer angesehenen, in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte geführt werden. Methodisch orientierte sich die Gruppe am Vorbild der RAF. Durch fünf Banküberfälle schaufelte die Gruppe Geld in

ihre Kassen, dass sie teilweise zur Finanzierung dreier Sprengstoffanschläge gegen amerikanische Soldaten im Jahr 1982 wieder ausgab. Vor Mord schreckte die Gruppe nicht zurück. Im Dezember überlebte der amerikanische Soldat, Ricky Lee Seuis nur knapp die Explosion einer Bombe unter seinem Fahrersitz.

Setzten die rechtsterroristischen Gruppierungen auf Gewalt, so versuchte die 1979 von Martin Pape ins Leben gerufene „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) mittels Wahlen Einfluss zu erringen. Erst ab 1984 driftete die politische Kleingruppierung durch die Aufnahme von Mitgliedern der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ ins neonationalsozialistische Lager. Vorsitzender war ab 1988 Friedhelm Busse. Mit ausschweifender Phantasie wurde von der bevorstehenden „Machtübernahme“ phantasiert. Hätte die FAP die Macht, würde sie – so der FAP-Vorsitzende Friedhelm Busse – „Arbeitslager“ errichten, „wo die Feinde des deutschen Volkes und vor allem die Ausländer nutzbringende Arbeit verrichten“.<sup>75</sup> „Feinden“ der Partei, wie „beispielsweise Polizeipräsidenten“<sup>76</sup>, wurde der Tod durch Erschießen angedroht. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 220 (1992) und 430 (1993).

Nach der deutschen Vereinigung entstanden auch in Ostdeutschland neonationalsozialistische Gruppierungen, so u.a. im Osten Berlins 1990 die „Nationale Alternative“. Auch Michael Kühnen verlagerte mit der 1989 in Bremen gegründeten „Deutschen Alternative“ (DA) seine Aktivitäten in die neuen Bundesländer. Mit bis zu 350 Mitgliedern erreichte die DA eine für das neonationalsozialistische Spektrum relativ große Anhängerschaft. Der Tod der umtriebigen „Führer“-Figur Kühnen 1991 lähmte nicht nur die DA, sondern zeitweilig das gesamte neonationalsozialistische Spektrum. In den neunziger Jahren versuchten die staatlichen Institutionen, ausgelöst vor allem durch die fremdenfeindlichen Straftaten, die neonationalsozialistische Szene mit administrativen Mitteln trocken zu legen. Eine ganze Reihe führender Funktionäre wie Christian Worch, der ehemals stellvertretende Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“, Ewald Bela Althans, und der „Auschwitz“-Leugner Germar Rudolf

---

<sup>75</sup> Friedhelm Busse zitiert nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1993, Köln 1994, S. 106.

<sup>76</sup> Ebd.

wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Siebzehn rechtsextremistische Gruppierungen traf zwischen 1992 und 2000 der staatliche Bannstrahl.

Tabelle 6 : Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen nach 1990

<b>Organisation</b>	<b>Verbot (Ebene)</b>	<b>Organisation</b>	<b>Verbot (Ebene)</b>
„Nationalistische Front“	November 1992 (Bund)	„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“	Februar 1995 (Bund)
„Deutsche Alternative“	Dezember 1992 (Bund)	„Direkte Aktion/ Mitteldeutschland“	Mai 1995 (Brandenburg)
„Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“	Dezember 1992 (Niedersachsen)	„Skinheads Allgäu“	Juli 1996 (Bayern)
„Nationale Offensive“	Dezember 1992 (Bund)	„Kameradschaft Oberhavel“	August 1997 (Brandenburg)
„Nationaler Block“	Juni 1993 (Bayern)	„Heide-Heim e.V.“ (Hamburg)	Februar 1998 (Niedersachsen)
„Heimatreue Vereinigung Deutschlands“	Juli 1993 (Baden-Württemberg)	„Heideheim e.V.“ (Buchholz)	Februar 1998 (Niedersachsen)
„Freundeskreis Freiheit für Deutschland“	September 1993 (Nordrhein-Westfalen)	„Hamburger Sturm“	August 2000 (Hamburg)
„Wiking-Jugend e.V.“	November 1994 (Bund)	„Blood & Honour“ (inklusive „White Youth“)	September 2000 (Bund)
„Nationale Liste“	Februar 1995 (Hamburg)		

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz.

Organisatorisch hatten die Verbote den Effekt der Auflösung fester Strukturen zugunsten unstrukturierter „Kameradschaften“ ohne formelle Mitgliedschaft. Das Ziel dieser Entwicklung brachten die „Nachrichten der HNG“ folgendermaßen auf den Punkt: „Wo keine erkennbare Organisation vorhanden ist,

kann man diese auch nicht zerschlagen!“<sup>77</sup> Ließe sich theoretisch erwarten, dass die Destrukturierung des Spektrums die Zersplitterung des neonationalsozialistischen Spektrums vergrößerte, so führte sie in der Praxis zu einer verstärkten Kooperation der zerstrittenen „Führer“ der Szene. Die Einigung wurde im wesentlichen über das gemeinsame Feindbild gestiftet, die „Anti-Antifa-Aktivitäten“ der Neonationalsozialisten nahmen bis 1993 zu, um danach langsam wieder zurückzugehen. 1993 konnte das Spektrum durch einen martialisches Aufmarsch in Fulda die Aufmerksamkeit der Medien erhaschen. In den folgenden Jahren blieben ihm solche „Erfolge“ durch das beherzte Eingreifen der Polizei verwehrt.

Vollmundig kündigten Vertreter des neonationalsozialistischen Spektrums in der Skinhead-Zeitschrift „Blood and Honour“ angesichts der staatlichen Verbotswelle ihre „Gegenwehr“ an: „Wir wehren uns! Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ In dem NSDAP-AO Organ „NS-Kampfruf“ wurde zu Anschlägen auf Generalbundesanwalt Kay Nehm aufgerufen, die Leitparole lautete: „Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden! FÜR DAS SYSTEM KEINEN MILLIMETER BODEN, SONDERN NEUN MM.“<sup>78</sup> Blieb es vielfach bei Hasstiraden gegen den Staat, verletzte Kay Diesner im Februar 1997 in Berlin-Marzahn den Buchhändler Klaus Baltruschat schwer und tötete dann in Schleswig-Holstein beim Versuch der Festnahme den Polizisten Stefan Grage. Diesner gehörte Anfang der neunziger Jahren zur neonationalsozialistischen Gruppierung „Nationale Alternative“ um Ingo Hasselbach und war zeitweilig „Schiedsgerichtsvorsitzender“ der rund 600 Mann starken Gruppe. Nach der Selbstauflösung der Gruppierung 1991 führte der harte Kern seine Arbeit bei den „Sozialrevolutionären Nationalisten“ fort. Vage geplant wurden Anschläge gegen Linke und Juden, die zwei Hauptfeindgruppen der Neonationalsozialisten sowie gegen das Personal der verhassten Demokratie, u.a. Richter, Staatsanwälte, Polizisten. Zur Umsetzung der Pläne durch die Gruppe kam es nicht, zumal Has-

---

<sup>77</sup> Christian Scholz, Brennende Ausländer und die Folgen, in: Nachrichten der HNG 16 (1994), Nr. 159, S. 17.

<sup>78</sup> „NS-Kampfruf“ zitiert nach Armin Pfahl-Traugber, Die Neo-Nationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173.

selbach aus der rechtsextremen Szene ausstieg.<sup>79</sup> Diesner sollte die Vorhaben jedoch im Hinterkopf behalten. Als Gegner in seinem Kampf bezeichnete Diesner paradoxerweise im Mordprozess den „rassistischen, faschistischen und imperialistischen Staat BRD“<sup>80</sup> Bei der „Nationalen Alternative“ sei er nur gewesen, so lange er „noch doof und nicht ausgereift war“.<sup>81</sup> Als Vorbilder nannte er demgegenüber die RAF und die IRA. Sympathien zeigte er auch für die rituellen Ausschreitungen der Autonomen am 1. Mai.

Die Tat des ideologischen Wirrkopfs Diesner wird von einem Teil des neonationalsozialistischen Spektrums als Vorbild angesehen. So wurde vom Szeneblatt „Hamburger Sturm“ der Polizistenmord als ein „Akt der Befreiung“<sup>82</sup> bezeichnet. Es dürfe nicht vergessen werden, „dass man im Krieg mit dem System sei und da gingen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf“.<sup>83</sup> Die Schreiber des Artikels gaben sich als NPD-Mitglieder zu erkennen, die sich vom Kurs der Parteiführung absetzen und den Weg in den Untergrund einschlagen wollten. Bei mancher spektakulären Tat ist trotz der Verbindungen des Täters zur rechtsextremen Szene ein politisches Motiv eher unwahrscheinlich. So erschoss der psychisch labile Michael Berger, der zeitweilig Mitglied von REP und DVU war sowie Kontakte zur neonationalsozialistischen Szene hatte, nach einer Verfolgungsjagd im Ruhrgebiet drei Polizisten, verletzte eine Polizistin schwer und richtete sich schließlich selbst.<sup>84</sup>

Neonationalsozialisten verstoßen in der Regel durch das Verbreiten von Pro-

---

<sup>79</sup> Vgl. Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin/Weimar 1993.

<sup>80</sup> Kay Diesner zitiert nach Wolf-Dieter Vogel, Der Werwolf sucht sein Rudel. Der Neonazi Kay Diesner verteidigt während des Prozesses seine rechtsterroristischen Positionen, in: jungle world (2000), Nr. 33.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> „Hamburger Sturm“ zitiert nach Verfassungsschutzbericht Berlin 1999, Berlin 2000, S. 77.

<sup>83</sup> Ebd. In der gleichen Ausgabe des „Hamburger Sturm“ war auffallenderweise ein Leserbrief Kay Diesners veröffentlicht, in dem dieser Andersdenkenden den Tod wünscht. Von einer Isolation Diesners im neonationalsozialistischen Spektrum kann daher nicht ausgegangen werden.

<sup>84</sup> Vgl. dazu folgenden spekulativen Artikel: Georg Bönisch/Jürgen Dahlkamp/Andrea Stuppe, Da klumpt sich was zusammen. War der Täter, der im Ruhrgebiet drei Polizisten erschoss, an der Vorbereitung eines Terroranschlags von Neonazis beteiligt?, in: Der Spiegel vom 19. Juni 2000, S. 38.



pagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen das Gesetz (Paragraph 86, 86a, 130 des Strafgesetzbuches)<sup>85</sup>, weniger durch den Einsatz von Gewalt. Aufsehen erregten im Dezember 1998 zwei Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des „Zentralrats der Juden in Deutschland“, wie im März 1999 auf die Wehrmacht-Ausstellung in Saarbrücken. Bei keiner der drei Taten konnte bislang ein Täter ermittelt werden. In den letzten Jahren häufte sich die Zahl der Waffenfunde im rechtsextremistischen Spektrum<sup>86</sup>, rechtsextremistische Söldner mit Kampferfahrung kehrten vom Balkan zurück, zugleich gibt es bislang keine Anzeichen für die Existenz einer rechtsterroristischen Bewegung.<sup>87</sup> Zum Teil werden Gewalttaten freilich nur abgelehnt, weil die Szene Gegenmaßnahmen des Staates fürchtet. Programmatisch spielen seit Mitte der neunziger Jahre antikapitalistische, sozialrevolutionäre Parolen eine zunehmende Rolle in der Propaganda der Neonationalsozialisten. Das organisatorische Herz des Neonationalsozialismus bildete zeitweilig die 1991 gegründete, 1997 zu einer „autonomen Kameradschaft“ umstrukturierte Vereinigung die „Nationalen e.V.“, die sich im Zuge der Verbotswelle neben der NPD zu einem Sammelbecken entwickelte. Die Führung übernahm Frank Schwerdt, der inzwischen im Bundesvorstand der NPD sitzt. Integrative Bedeutung über alle Verbote und Selbstaufösungen hinaus hat im zersplitterten neonationalsozialistischen Spektrum die 1979 gegründete „Hilfsorganisation

---

<sup>85</sup> Mit ca. 7.000–8.000 Delikten stellen die Propagandataren regelmäßig mehr als zwei Drittel aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten.

<sup>86</sup> Beispielsweise wurde der Neonationalsozialist Anton Pfahler 1999 zu drei Jahren und acht Monaten verurteilt, weil bei einer Hausdurchsuchung Mitte 1998 neben verbotenem rechtsextremistischem Propagandamaterial auch Handgranaten, Maschinenpistolen und Munition gefunden wurde. Im Juni 2000 wurde bei einem Großeinsatz gegen die Organisation „Skinhead Sächsische Schweiz“ bei zwei Mitgliedern u.a. zwei Kilogramm Sprengstoff, Sprenggranaten, scharfe Zündvorrichtungen, Raketenteile, jede Menge Patronen unterschiedlichen Kalibers, Waffenteile von Langwaffen, Faustfeuerwaffen, Panzerfäusten und Vorderladern gefunden. Umfangreiches Waffenarsenal bei Großeinsatz gegen die „Skinhead Sächsische Schweiz“ gefunden. Pressemitteilung Landeskriminalamt Sachsen vom 25. Juni 2000, Online im Internet: <http://www.lka.sachsen.de/Infos/PresInfo/20000625ElbSandstein.html> (Stand: 18. Oktober 2000).

<sup>87</sup> Vgl. zur jüngsten Entwicklung: Anton Maegerle, Rechtsterrorismus. Teil 1: Mosaiksteine rechtsterroristischer Gewalt, in: Tribüne (2000), Heft 153, S. 123-132. „Mosaiksteine“ für die Entwicklung des Rechtsterrorismus macht Anton Maegerle (das ist ein Pseudonym!) vor allem im Umfeld des militaristischen „Stahlhelm“ aus, der in Rheinland-Pfalz Wehrsportübungen abhält. In Verfassungsschutzberichten taucht die Gruppierung bislang nicht auf.

für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG).

Für das kleine Spektrum neonationalsozialistischer Aktivisten stellt die zunehmende Einwirkung auf den Kurs der JN und der NPD einen bedeutenden Erfolg dar. Über die Parteistrukturen und die Finanzen der NPD erfahren neonationalsozialistische Parolen inzwischen eine größere Verbreitung als über die „kameradschaftlichen“ Kleinstgruppen. Das im neonationalsozialistischen Spektrum, vor allem Ostdeutschlands, diskutierte Konzept der „befreiten Zonen“<sup>88</sup> wurde bezeichnenderweise vom „Nationaldemokratischen Hochschulbund“, der Hochschulorganisation der NPD, ausgeheckt: „Wir betrachten die befreiten Zonen aus MILITANTER Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. [...] Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde.“<sup>89</sup> In der medialen Diskussion über den Rechtsextremismus wird die Bedeutsamkeit der Strategie der „befreiten Zonen“ ab und an überschätzt. Bislang sind lediglich Fälle bekannt, in denen es Rechtsextremisten gelang, die Stimmung in einzelnen Jugendeinrichtungen zu dominieren, ganze Stadtteile, Dörfer oder gar Städte gerieten bislang nicht unter ihre Kontrolle.

#### **4. Skinhead-Szene und fremdenfeindliche Gewalttaten**

Gewalttaten gegen Ausländer und fremdländisch aussehende Deutsche sind kein Phänomen, das erst nach der Vereinigung auftrat. Das Jahr 1991 brachte mit 1.492 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten allerdings eine dramatische Steigerung um fast das Fünffache gegenüber 1990 (309 Delikte).<sup>90</sup> Das Hauptangriffsziel der Gewalttäter waren Asylbewerberheime. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Gewaltwelle nach dem Anschlag auf das Asylbewerberheim in Hoyerswerda im September 1991. Das Vorgehen in Hoyerswerda wurde zur Blaupause zahlreicher Nachahmungstaten, wohl auch weil der Ab-

---

<sup>88</sup> Der Begriff „befreite Zonen“ stammt aus dem Sprachgebrauch der lateinamerikanischen Guerrillabewegungen.

<sup>89</sup> Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen!, in: Vorderste Front (1991), Nr. 2.

<sup>90</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lagebild, Köln 1997, S. 8.

transport der Asylbewerber aus der Stadt den Anschein erweckte, das gewalttätige Vorgehen führe zum Erfolg. Die Medien gossen mit ihrer sensationsschreienden Berichterstattung zudem Öl ins Feuer. 1992 stieg die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten auf den historischen Höchststand von 2.639 Delikten an – fast das Neunfache der Delikte des Jahres 1990 und mehr als das Dreißigfache der Zahl von 1982 (88 Gewalttaten).<sup>91</sup> Im Juli 1992 erschlugen zwei Rechtsextremisten (21 bzw. 25 Jahre) einen Kosovo-Albaner mit einem Baseballschläger und verletzten seinen Zimmergenossen lebensgefährlich, nachdem sie sich durch Alkohol wie das Anhören von Hitlerreden und Skinmusik in einen Rausch des Hasses versetzt hatten. Einen Monat später endeten die ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock-Lichtenhagen wiederum mit der Verlagerung der Asylbewerber. Ein weiterer Schub der Gewalt folgte. Im November ermordeten zwei Skinheads unter Beihilfe weiterer Skins einen 51-jährigen bestialisch, indem sie ihn mit Benzin übergossen und anzündeten.

Fanden die Signaltaten von Hoyerswerda und Rostock im Osten Deutschlands statt, markierte im November 1992 der Brandanschlag im westlichen Mölln, bei dem eine 51-jährige Türkin und zwei Kinder starben, einen neuen dramatischen und traumatischen Höhepunkt der fremdenfeindlichen Gewalt. Im Unterschied zu 1990 und 1991 richtete sich die menschenverachtende Gewalt nicht mehr in erster Linie gegen Asylbewerber, sondern vorrangig gegen Türken, die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Nur ein halbes Jahr nach Mölln töteten am 29. Mai 1993 in Solingen vier Jugendliche durch einen Brandanschlag auf ein Wohnhaus zwei türkische Frauen und drei Kinder. Zudem wurden sieben weitere Bewohner des Hauses zum Teil schwer verletzt. Die Tat wurde relativ spontan von zwei 16-jährigen Hauptschülern, einem zwanzigjährigen Wehrpflichtigen und einem 23-jährigen Arbeitslosen begangen. Als Brandbeschleuniger besorgten sich die Täter Benzin an einer Tankstelle. Von den Möllner Tätern war einer Mitglied einer rechtsextremistischen Skinhead-Gruppierung.

Die Reaktionen des Staates wurden nun effektiver. Die Täter von Mölln und Solingen wurden jeweils rasch gefasst. Auch die Bürger Deutschlands reagierten. Mit Kerzen in der Hand protestierten Hunderttausende gegen die

---

<sup>91</sup> Ebd.

rechtsextremistischen Verbrecher und zeigten diesen somit ihre gesellschaftliche Isolation. Kein fremdenfeindlicher Gewalttäter konnte sich nunmehr in die Tasche lügen, im Sinne der schweigenden Mehrheit zu handeln. Im Jahr 1993 ging die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten jedoch nur geringfügig auf 2.232 zurück. Für Aufsehen sorgte neben den Morden von Mölln u.a. der Anschlag auf die Lübecker Synagoge und Ausschreitungen auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald. Im Rahmen einer Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremisten wurde der Fahrer einer Heavy-Metal-Band von zum Teil bereits durch rechtsextremistische Gewalttaten aufgefallene Skinheads getötet. In den folgenden Jahren sank die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten bis 1997 kontinuierlich, um danach wieder leicht anzusteigen. Fremdenfeindliche Taten sorgten in den letzten Jahren immer wieder für Entsetzen. So starb der Algerier Farid Guendoul 1999 an den Folgen einer Verletzung, die er sich gehetzt von Rechtsextremisten zugezogen hatte.<sup>92</sup> Im August 1999 traten Rechtsextremisten im bayerischen Rosenheim auf einen Mosambikaner ein, der einige Wochen später seinen Verletzungen erlag. Im gleichen Monat erschlugen zwei rechtsextremistische Skinheads einen 44-jährigen Deutschen, der gegen die Fremdenfeindlichkeit eines der Täter Stellung bezogen hatte. Auch er starb an seinen Verletzungen. Im Sommer 2000 wurde ein Obdachloser auf Usedom von einem 24-jährigen Rechtsextremisten getötet. Besondere Aufmerksamkeit erregte der brutale Überfall dreier alkoholisierten rechtsextremistischer Skinheads (zwei 16-jährig, einer 24-jährig) in Dessau auf den Mosambikaner Alberto Adriano. Parolen wie „Hier kommt der nationale Widerstand“ grölend traten und schlugen die Jugendlichen auf ihn ein, selbst nachdem er bereits leblos dalag. Wenige Tage später starb Adriano. Im Prozess, der bereits im August 2000 stattfand, zeigten die Angeklagten keine Reue.<sup>93</sup>

---

<sup>92</sup> Von den Strafverfolgungsbehörden wurde die Tat als „Landfriedensbruch“ eingestuft. Vgl. Verfassungsschutzbericht 1999 (Anm. 70), S. 19.

<sup>93</sup> Vgl. u.a. Peter Brock, „Fremdenhass hat schon eine Rolle gespielt“. Auftakt im Prozess um den Mord an Alberto Adriano, in: Berliner Zeitung vom 23. August 2000; Annette Rogolla, Totmacher aus Überzeugung, in: die tageszeitung vom 23. August 2000.

Tabelle 7: Gewalttaten von Rechtsextremisten 1980-1999

<b>Jahr</b>	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<b>Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten</b>	113	92	88	76	91	123	189	195	193	255
<b>Jahr</b>	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten</b>	309 (178)	1.492 (849)	2.639 (1.485)	2.232 (1.322)	1.489 (784)	837 (612)	781 (624)	1.091 (790)	1.224 (708)	1.119 (746)

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lagebild, Köln 1997. S. 8 f. und Verfassungsschutzbericht 1999, Köln 2000.

Anmerkung: Ab 1997 sind Sachbeschädigungen im Verfassungsschutzbericht nicht mehr in der Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten enthalten. Für die Jahre 1980 bis 1999 sind in der Tabelle die Gewalttaten inklusive Sachbeschädigungen aufgeführt, in Klammern für die Jahre 1990 bis 1999 jeweils die Zahl der Delikte ohne Sachbeschädigungen.

Zwischen dem 1. Januar und dem 31. Juli 2000 begingen Rechtsextremisten 394 Gewalttaten. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres schlugen 462 Delikte zu Buche. Die Zahl der Gewalttaten ging damit im ersten Halbjahr zunächst um rund 15 Prozent zurück.<sup>94</sup> Der Umschwung kam im August. Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg auf 519 Delikte an, das waren sieben Prozent mehr als von Januar bis August des Vorjahres.<sup>95</sup> Der sprunghafte Anstieg kam wohl wesentlich durch Täter zustande, die sich durch den spektakulären Anschlag in Düsseldorf wie den Mord an Alberto Adriano zu Gewalttaten inspiriert sahen.

Der Anteil der fremdenfeindlichen Aktionen an den rechtsextremistischen Gewalttaten ging von 86 Prozent (1992) über 75 Prozent (1993) auf 58 Prozent (1994) zurück, danach stagnierte er auf diesem hohen Niveau (1998: 61 Pro-

<sup>94</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremismus in Deutschland – ein Lagebild zu Beobachtungsschwerpunkten des Verfassungsschutzes, Online im Internet: <http://www.verfassungsschutz.de/publikationen/gesamt/page02.html> (Stand: 18. Oktober 2000).

<sup>95</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, Deutlicher Anstieg rechtsextremistischer Straftaten in diesem Jahr, Online im Internet: [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix\\_21367.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix_21367.htm) (Stand: 18. Oktober 2000).

zent; 1999: 60 Prozent). Mit Blick auf die regionale Verteilung zeigte sich Anfang der neunziger Jahre kein Ost-West-Gefälle, sondern ein Nord-Süd-Gefälle. Je 100.000 Einwohner kam es in Hamburg zu 9,1 Vorfällen, in Schleswig-Holstein zu 7,8 in Mecklenburg-Vorpommern zu 6,3. Am friedlichsten ging es in Bayern mit 2,1 Vorfällen je 100.000 Einwohner, im Saarland mit 2,1 und in Sachsen mit 1,5 zu. Ab Mitte der neunziger Jahre zeigten sich demgegenüber deutliche Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern. So wurde 1996 die Statistik von Brandenburg mit 3,35 Gewalttaten je 100.000 Einwohnern angeführt, es folgten Mecklenburg-Vorpommern (2,95) und Thüringen (2,22). Auf dem vierten Negativplatz folgte Hamburg (1,99) vor Sachsen (1,94) und Sachsen-Anhalt (1,7).<sup>96</sup> Im Jahr 1999 fiel der Trend noch deutlicher aus. Sachsen-Anhalt lag nun mit 3,04 Gewalttaten je 100.000 Einwohner an der Spitze, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (2,84), Brandenburg (2,39), Thüringen (2,04) und Sachsen (1,92).<sup>97</sup> Während damit in den östlichen Ländern je 100.000 Einwohner 2,19 rechtsextremistische Gewalttaten begangen wurden, waren es in den westlichen 0,68.<sup>98</sup>

Auf der Grundlage von 1.398 Ermittlungsakten der Polizei aus den Jahren 1991/92 kam ein sozialwissenschaftliches Forschungsteam um Helmut Willems zu dem Ergebnis, dass fremdenfeindliche Gewalt zu über 95 Prozent von Männern ausgeht, und zwar in der großen Mehrheit von sehr jungen Männern. 70 Prozent der Tatverdächtigen sind jünger als 20 und über 35 Prozent sogar jünger als 18 Jahre. 37,9 Prozent der Täter stammten aus polizeilich bekannten Skinhead-Gruppierungen, 25,2 Prozent aus rechtsextremen Vereinigungen und 19,1 Prozent aus sonstigen fremdenfeindlichen Gruppierungen.<sup>99</sup> Neben den politischen Motiven spielen nach Ansicht von Willems auch „unpolitische (expressive) Gewaltmotive und Actionorientierungen sowie Protestmotive eine wichtige Rolle“.<sup>100</sup> Die Ergebnisse der Studie wurden im Kern durch weitere

---

<sup>96</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Köln 1997, S. 99.

<sup>97</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht 1999 (Anm.70), S. 23.

<sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 21.

<sup>99</sup> Helmut Willems/Stefanie Würtz/Roland Eckert, Fremdenfeindliche Gewalt. Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen, Bonn 1993, S. 31.

<sup>100</sup> Ebd.

Untersuchungen etwa der Kriminologen Frank Neubacher<sup>101</sup> und Ingolf Lewandowski<sup>102</sup> bestätigt.<sup>103</sup> Probleme in der Statistik ergeben sich zum Teil dadurch, dass nicht jede Gewalttat gegen einen Fremden fremdenfeindlich motiviert sein muss. Teilweise fließt auch Alltagskriminalität wie Gewalt aus Eifersucht in die Zahlen ein. Andererseits scheint ein Teil der deutschen Richter Schwierigkeiten zu haben, rechtsextremistische Gruppierungen zu verorten. So heißt es in einer Urteilsschrift gegen einen Skinhead unsicher: „Der Angeklagte war in der Vergangenheit politisch aktiv und kandidierte bei der Bürgerschaftswahl [...] für die [neonationalsozialistische] Nationale Front. Sich selbst bezeichnet der Angeklagte allerdings nicht als Rechtsradikalen, sondern als sogenannten ‚Nationalrevolutionär‘.“<sup>104</sup> Es bleibt im Dunkeln, in wie vielen Fällen ein rechtsextremes politisches Engagement von den Angeklagten erfolgreich unter den Teppich gekehrt wurde. Die in den Verfassungsschutzberichten angegebene Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten hat umgekehrt das Manko, dass auch Personen einbezogen werden, „bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind“.<sup>105</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. Frank Neubacher, *Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren*, Mönchengladbach 1999.

<sup>102</sup> Vgl. Ingolf Lewandowski, *Extremistisch erscheinende Gruppengewalt junger Menschen. Kriminologische Einsichten und justitielle Reaktionsformen*, in: *In guter Verfassung. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz*, Erfurt 1997, S. 109-144.

<sup>103</sup> Vgl. zum Komplex fremdenfeindlicher Gewalt auch: Wolfgang Frindte (Hrsg.), *Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit. Sozialpsychologische Untersuchungen*, Münster 1995; Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller, *Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen. Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen*, Bonn 1995.

<sup>104</sup> Vgl. Helmut Willems in Zusammenarbeit mit Roland Eckert, Linda Steinmetz, Stefanie Würtz, *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen*, Opladen 1993, S. 175.

<sup>105</sup> Vgl. u.a. Bundesministerium des Innern (Anm. 97), S. 18.

Tabelle 8: Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite  
Rechtsextremisten 1992-1999

Jahr	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Gewaltbereite Rechtsextremisten</b>	6.400	5.600	5.400	6.200	6.400	7.600	8.200	9.000

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes.

Anmerkung: Vor 1992 wurde die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten in den Berichten nicht ausgewiesen.

Der Organisationsgrad gewaltbereiter Rechtsextremisten ist ausgesprochen niedrig. Allerdings ist sowohl bei der Zahl der gewaltbereiten Personen als auch bei der Zahl der gewaltbereiten Gruppen eine kontinuierlich steigende Tendenz zu erkennen. Gab es 1992 noch keine gewaltbereite Gruppe, so waren es 1999 bereits fünf. Den Anteil rechtsextremistischer Skinheads an der gewaltbereiten Szene beziffert der Verfassungsschutz im Jahr 2000 mit ca. 85 Prozent.<sup>106</sup> Ein großer Teil der fremdenfeindlichen Straftaten geht auf das Konto von Skinheads, deren Szene allerdings keineswegs pauschal dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden kann.<sup>107</sup> Die Bewegung der Skinheads kam in Großbritannien Ende der sechziger Jahre auf. Die überwiegend aus Arbeiterhaushalten stammenden Jugendlichen wollten sich von der als bürgerlich wahrgenommenen Hippie-Bewegung abgrenzen. Den langen Haaren der Hippies streckten die Skinheads ihre kurzgeschorenen Häupter entgegen. Im Gegensatz zum androgynen Look der Hippies setzen die Skinheads auf eine betont männliche, geradezu martialische Erscheinungsweise. Die „Uniform“ des Skinheads besteht idealtypisch aus einer Bomberjacke, Jeans, einem karierten Hemd und Doc-Martens- oder Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln. Bis in die achtziger Jahre spielten politische Motive in der Szene allerdings eine untergeordnete Rolle. Zu den martialischen Ritualen der Skinheads gehören Schlägereien nach Fußballspielen, exzessive Alkoholfeten und Konzertbesuche bei Ska-Bands. Skinheads

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>107</sup> Vgl. zur Entwicklung der Skinhead-Szene: Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen, Skinheads. München 1993; Klaus Farin (Hrsg.), Die Skins. Mythos und Realität. Berlin 1997; Christoph Mengert, „Unsere Texte sind deutsch...“ Skinhead-Bands in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994; Robert Mischkowitz, Fremdenfeindliche Gewalt und Skinheads. Eine Literaturanalyse und Bestandsaufnahme polizeilicher Maßnahmen, Wiesbaden 1994.



stammen häufig aus sozialen Randgruppen, sie sind insbesondere in den schlechten Wohngebieten der Städte anzutreffen. Ungeordnete Familienverhältnisse, Misserfolge in Schule und Ausbildung, Perspektivlosigkeit und mangelnde Anerkennung durch die Gesellschaft sind Gründe dafür, dass sie sich zusammenschließen, um Defizite des einzelnen auszugleichen und Stärke in der Gruppe zu finden. Im Zuge der Radikalisierung eines Teils der Szene nach rechts reagierte ein anderer Teil unter der Flagge „Sharp“-Skins (Sharp ist die Abkürzung für Skinheads against racial prejudice) mit demonstrativer Gegnerschaft zu den rechtsextremen „Boneheads“, ein Teil gar unter dem Banner „Redskins“ mit der Hinwendung zu den militanten Autonomen. Die Skinheadszene besteht im Kern aus jungen Männern unter 25. Weniger als 15 Prozent der Skins sind Frauen. Die Gewalt aus den Reihen der rechtsextremen Skinheads erfolgt überwiegend spontan, von langer Hand geplante Anschläge finden sich in diesem Spektrum nur selten.

Skin-„Fanzines“ und rechtsextremistische Skinhead-Bands verbreiten offen gewaltverherrlichende Hetzparolen gegen Ausländer. So textete beispielsweise die Skinhead-Band „Zillertaler Türkenjäger“ einen bekannten Schlager „Kreuzberger Nächte“ auf dem Album „12 Doitsche Stimmungshits“ folgendermaßen um: „kommen zwei Zecken auf mich zu, zwei Tritte in die Schnauze, dann ist Ruh. Sie liegen da in ihrem Blut, ich muß euch sagen, dieser Anblick tut mir gut.“ Die Gruppe „Die Härte“ textete 1999 zur Melodie des „Extrabreit“-Hits, „Hurra, hurra die Schule brennt“: „Das ist geil, das ist geil, hurra, hurra, ein Nigger brennt.“<sup>108</sup> Zahlreiche Verurteilungen von Schreibern und Musikern wegen Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung Mitte der neunziger Jahre führten kaum zur Mäßigung. Die Vordenker der Skins dienen als Brücke zu rechtsextremistischen Organisationen, besonders zur JN und zur NPD. So war der 1995 aus der Band „Noie Werte“ ausgeschiedene Gitarrist bis Ende 1997 Landesvorsitzender der JN in Baden-Württemberg. Die meisten rechtsextremistischen Skinheads sympathisieren stärker mit neonationalsozialistischem Gedankengut als mit dem im Vergleich dazu moderaterem Deutsch-Nationalismus von REP und DVU. Die Neigung zur Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigt sich bereits in der Namensgebung zahlreicher einschlägiger Skinhead-Bands: „Endsieg“, „Heimatfront“, „Herrenrasse“, „Kraft durch Froide“, „Sturmtruppen“, „Wehrwolf“. Die überwiegende Zahl der rechtsextre-

---

<sup>108</sup> „Die Härte“ zitiert nach Bundesministerium des Innern (Anm. 105), S. 28.

mistischen Skinheads ist unorganisiert. Ab und an gibt es in der Szene Versuche diesen Zustand zu überwinden. So gründeten Allgäuer Skinheads 1995 den Verein „Skinheads Allgäu e.V.“. Ziel des Vereins war die Pflege der „Skinheadkultur“ durch Vortragsveranstaltungen, Versammlungen und Konzerte sowie die Übernahme von Anwaltskosten und Gewährung von Darlehen für bedürftige Skinheads. Der bayerische Innenminister verbot den Verein bereits nach einem Jahr wegen verfassungswidriger Ausrichtung. Besonders stark sind Skinheads in Ostdeutschland verbreitet. Mehr als die Hälfte gewaltbereiter Rechtsextremisten findet sich in den neuen Bundesländern, die nur rund 21 Prozent der deutschen Bevölkerung beheimaten. Insbesondere in kleinen ostdeutschen Kommunen erscheint es bisweilen, als würden die Schlägertrupps „den öffentlichen Raum vollständig beherrschen“.<sup>109</sup> Meist beschränkt sich ihre bewusst provokative Präsenz auf klassische Jugendtreffpunkte wie Bahnhofsbereiche, Marktplätze und Jugendzentren. Insbesondere im Osten der Republik weicht inzwischen die Abgrenzung der „Boneheads“ zu neonationalsozialistischen Vereinigungen und zur NPD auf, wenn auch eher wenige formelle Mitglieder rechtsextremistischer Vereinigungen werden. Insbesondere bei Demonstrationen stellen Skinheads jedoch ein beliebtes Rekrutierungspotential dar.

Impulse zur Strukturierung der Skinhead-Bewegung gingen auf internationaler Ebene von den 1986 in den USA gegründeten neonationalsozialistischen „Hammerskins“ aus, die u.a. in Frankreich, Italien, Tschechien und der Schweiz eine Vereinigung aller „weißen, nationalen“ Kräfte in einer homogenen „Hammerskin-Nation“ propagieren. Deutsche Filialen existieren in Berlin und Brandenburg. Während die „Hammerskins“ kaum Einfluss auf die deutsche Skinhead-Szene haben, verbreitet die ebenfalls neonationalsozialistische Vereinigung „Blood & Honour“ seit 1995 ihre Parolen mit wachsendem Erfolg in Deutschland. Gegründet wurde die Bewegung in Großbritannien von Ian Stuart Donaldson, dem Sänger der neonationalsozialistischen Skinhead-Band

---

<sup>109</sup> Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998, S. 7. Vgl. zur Situation in den ostdeutschen Kommunen auch: Wilhelm Heitmeyer, Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt, Berlin 2000, S. 32-52; Burkhard Schröder, Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek 1997.

„Skrewdriver“. Inzwischen zählt ihre kleine Armee immerhin zweihundert Kahlköpfe, die fest an die Überlegenheit der weißen Rasse glauben. Ihre Hauptstützpunkte hat die Bewegung in Sachsen und Berlin. Beschränkte sich „Blood & Honour“ lange Zeit auf die Vermarktung rechtsextremer Skinhead-Musik und die Teilnahme an Demonstrationen rief ein Aktivist unter dem Pseudonym „Max Hammer“ seine Gesinnungsgenossen auf der Internet-Homepage der Bewegung im Juli 2000 zum bewaffneten Kampf auf: „Unsere revolutionäre Bewegung sollte sich auf die Rekrutierung politischer Soldaten konzentrieren, die bereit zur Schlacht sind.“ Angestrebt wird dabei die Zusammenarbeit mit der englischen Terrorgruppe „Combat 18“<sup>110</sup>, die als „bewaffneter Arm der ‚Blut und Ehre‘-Bewegung“ auftreten soll. Mit Blick auf das deutsche Parteienspektrum wird einzig die NPD als national angesehen. Doppelmitgliedschaften in „Blood & Honour“ werden begrüßt. Mitte September 2000 wurde die deutsche Sektion von „Blood & Honour“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ schließlich von Bundesinnenminister Schily verboten.

## 5. Vom Flugblatt zur Homepage: Die Modernisierung rechtsextremer Kommunikation

Die beispielsweise mit Blick auf das Frauenbild anachronistisch anmutenden rechtsextremistischen Vorstellungen gehen bei fast allen Strömungen einher mit der Offenheit gegenüber neuen Technologien. Regen Gebrauch machen Rechtsextremisten insbesondere von neuen Kommunikationsmedien wie Internet und Mobiltelefon.<sup>111</sup> Zwischen 1996 und 1999 nahm die Zahl rechtsextremistischer Homepages um mehr als das Zehnfache auf rund 330 zu. 80 davon wiesen strafrechtlich relevante Inhalte auf.<sup>112</sup> Bis August 2000 erhöhte sich die Zahl rechtsextremistischer Internet-Angebote auf 350. Freilich sollte darüber nicht in Vergessenheit geraten, dass die wenigen hundert rechtsext-

---

<sup>110</sup> Die Zahl 18 steht gemäß der Stellung der Buchstaben A und H im Alphabet für Adolf Hitler. „Combat 18“ heißt somit im Klartext „Kampfgruppe Adolf Hitler“.

<sup>111</sup> Vgl. Burkhard Schröder, Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen, Reinbek 1995; ders., Rechtsextremismus im Internet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 22. September 2000, B 39/2000, S. 49-54.

<sup>112</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet, Köln 2000, S. 1.

remistischen Seiten nur dunkle Tropfen im unendlichen Meer der derzeit rund 5 Millionen Homepages sind.

Während das Internet in den letzten Jahren für die Szene enorm an Bedeutung gewann, sank der Stellenwert von Mailboxen stetig, nachdem der 1993 entstandene Mailbox-Verbund „Thule-Netz“ zunächst für Furore gesorgt hatte. Der Zweck der Nutzung des neuen Mediums war: „1. Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen nationalen Gruppen. 2. Entwicklung einer Datenbank für nationale Aktivisten [...] 3. Minderung des Verfolgungsdrucks durch das System.“<sup>113</sup> 1997 zerstritten sich die Betreiber der Mailboxen und ein Teil von ihnen spaltete sich unter dem Namen „Nordland-Netz“ ab. Im Unterschied zum Internet ist der Verbreitungsgrad von Mailboxen begrenzt. Am „Thule-Netz“ und dem „Nordland-Netz“, den beiden bedeutendsten Mailbox-Netzen im rechtsextremistischen Spektrum, partizipierten nie mehr als wenige hundert Teilnehmer. Mitte 1999 stellten beide ihre Aktivitäten ein, weil die Erreichung der angestrebten Ziele als gescheitert angesehen wurde. Das noch bestehende „Thing-Netz“ dürfte diesem Beispiel folgen.

Die Verbreitung von Homepages im World Wide Web wie die Nutzung von e-mails und Newsgroups im Usenet erwies sich für die Zwecke der Szene als geeigneter.<sup>114</sup> Die Entwicklung bedeutet einen Einschnitt insbesondere für das neonationalsozialistische Spektrum. War es den Kleinstgruppierungen mit wenigen Dutzend Mitgliedern zuvor schon aus finanziellen Gründen kaum möglich für eine größere Verbreitung ihrer Propaganda zu sorgen, so können mittels des Internets ohne Druckkosten potentiell alle Nutzer angesprochen werden. Die gesellschaftlich wirksame Isolation insbesondere des Neonationalsozialismus, aber auch generell jene des Rechtsextremismus, dürfte manchen Sympathisanten davon abhalten, auf der Straße Flugblätter rechtsextremistischer Organisationen entgegenzunehmen oder in Kiosken rechtsextreme Publikationen zu kaufen. Diese Hemmschwelle entfällt am heimischen Computer. „Blood & Honour“ brachte den Nutzen für sich folgendermaßen auf den Punkt: „Auch die neuen Kommunikationsmittel arbeiten für uns. Das Internet hat mehr zu unserer Vereinigung beigetragen als irgendein Pamphlet, das je-

---

<sup>113</sup> „Thule – das Mailbox-Netz – Thule-Journal“ zitiert nach Pfahl-Traugber (Anm. 78), S. 165.

<sup>114</sup> Auch das „Thule-Netz“ ist seit 1996 im Internet vertreten. Die Homepage überdauerte bezeichnenderweise den Untergang des Mailbox-Netzes.

mals gedruckt worden ist. Deine Waffenbrüder sind lediglich einen [Maus]Klick entfernt.“<sup>115</sup> Auf der Seite des „Nationalen Widerstands“, einer gemeinsamen Plattform verschiedener neonationalsozialistischer Gruppierungen, heißt es: „Das einzige Medium, wo Nationalisten ihre Sicht der politischen Lage einer großen Menschenmenge präsentieren können, ist das Internet.“<sup>116</sup> Auch der schnelle Informationsaustausch zwischen Rechtsextremisten wird durch das Internet begünstigt. E-mails ermöglichen dabei eine extrem schnelle und zugleich von außen kaum kontrollierbare Form der Informationsübermittlung. Allerdings erweist sich für die Szene bislang noch als Barriere, dass noch keineswegs alle Aktivisten über einen Internetzugang verfügen. Dies ändert sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren.

Die Betreiber neonationalsozialistischer Homepages scheinen sich – zu Unrecht – vor strafrechtlicher Verfolgung sicher zu fühlen. Die Aggressivität der Parolen dürfte nach Verurteilungen wegen Volksverhetzungen und ähnlicher Delikte künftig eher wieder abnehmen. Im Zuge der Diskussion der rechtsextremistischen Präsenz im Internet in den letzten Monaten wurden zahlreiche Adressen gesperrt, u.a. „bloodandhonour.de“, „division 88“<sup>117</sup>, „heil-hitler.de“. Zum Teil stellten die Betreiber ihre Seiten aber über ausländische Server in Ländern wie den USA und Kanada, in denen die Verbreitung volksverhetzender Parolen nicht unter Strafe steht, umgehend wieder ins Netz. Die Homepages der NSDAP/AO, der „Stormfront“ und die „Zundelsite“ des Holocaust-Leugners Ernst Zündel dienen deutschen Rechtsextremisten zur Ausstattung mit in Deutschland verbotenen Propagandamaterialien. Die amerikanischen Neonationalsozialisten der „Stormfront“ bieten ihren Gesinnungsgenossen u.a. die Möglichkeit NS-Symbole herunterzuladen, z.B. um eigene Schriften damit zu „verzieren“. Auf der „Zundelsite“ finden sich ca. 100 revisionistische Publikationen zum kostenlosen Download oder Ausdruck, u.a. der berühmte „Leuchter Report“.

Große Bedeutung insbesondere für die neonationalsozialistische Szene haben

---

<sup>115</sup> Homepage von „Blood & Honour“ zitiert nach Bundesamt für Verfassungsschutz, Extremistische Bestrebungen im Internet, 2. Aufl., Köln 1999, S. 26.

<sup>116</sup> Homepage des „Nationalen Widerstands“ (Stand: 24. September 2000).

<sup>117</sup> H ist der achte Buchstabe im Alphabet. Die Zahl 88 steht im neonationalsozialistischen Spektrum für Heil Hitler.

auch sogenannte „Nationale Info-Telefone“ (NIT), eine kostengünstige und effektive Form der Informationsverbreitung. Momentan gibt es 16 „Infotelefone“ in allen Teilen der Republik von „NIT Hamburg“ über „NIT Mitteldeutschland“ bis hin zu „NIT Bayern“. Wie beispielsweise ein Kinobesucher mittels der Wahl einer bestimmten Nummer per Ansagetext Informationen über das derzeitige Programm der örtlichen Kinos abrufen, informiert sich ein „Nationaler“ über Veranstaltungen und Demonstrationen der Szene in seiner Gegend. Weil die Urheber identifizierbar sind, enthalten die Texte meist keine volksverhetzenden Parolen. Für die Mobilisation von Aktivisten haben die „Infotelefone“ eine hohe Bedeutung erlangt. Insbesondere bei der extrem kurzfristigen Organisation von Kundgebungen zum 1. Mai und zur „Rudolf Heß-Aktionswoche“ hat sich dieses Medium aus der Sicht des neonationalsozialistischen Spektrums bewährt. In jüngster Zeit verbreitet der Hamburger Neonationalsozialist André Goertz<sup>118</sup>, Betreiber der „Nationalen Info-Telefone“ in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, die Homepage „NIT – Nachrichten, Informationen, Theorie“. Die Seite enthält neben der Rubrik „NIT Blitz“ mit Szeneinformationen einen Chatroom „NIT Forum“, bei dem anonyme Teilnehmer miteinander unverblümt rechtsextremistische Parolen austauschen. Auch die Betreiber der übrigen „Infotelefone“ wollen in Kürze online gehen.

Während für die neonationalsozialistische Szene das Internet eine herausragende Bedeutung hat, ist der Stellenwert für die rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und REP kaum höher als für demokratische Parteien. Im Zuge der allgemeinen Entwicklung richteten auch die rechtsextremistischen Parteien Internet-Seiten ein. Vorreiter war bezeichnenderweise die mit dem neonationalsozialistischen Spektrum verbandelte NPD im Februar 1996. Nach der Sperrung der Homepage der Partei durch den Provider (= Anbieter von Internet-Dienstleistungen) „America Online“ (AOL) im Dezember 1996 ging die Partei dazu über, unter der Bezeichnung „NPD-net“ selbst als Provider im Internet aufzutreten. Seit 1997 präsentiert die DVU im „dву.net“ neben ihrem Programm, weitere Parteiäußerungen und aktuelle Veranstaltungshinweise. Geboten werden zudem „Appetithäppchen“ aus der aktuellen Ausgabe der „Deutsche National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“. Am umfangreichsten

---

<sup>118</sup> Goertz ist inzwischen zusammen mit Steffen Hupka auch Mitherausgeber der Publikation „Einheit und Kampf“, dem Sprachrohr der JN.

ist das Internetangebot der REP. Seit die Partei im August 1996 erstmals im Internet auftrat, hat sich die Zahl der von Parteigliederungen – Landesverbände und Ortsgruppen – betriebenen Homepages stetig auf inzwischen über 50 erhöht. Charakteristisch ist, dass die REP – im Unterschied zu DVU und NPD – gemäss ihres offiziellen Abgrenzungskurses keine Verweise (links) auf Homepages anderer rechtsextremistischer Organisationen anbieten.

## 6. Schlussbetrachtung

Von den drei untersuchten Parteien ist die NPD mit Abstand die militanteste. Sie macht im Unterschied zu REP und DVU aus ihrer aggressiv antidemokratischen Haltung keinen Hehl mehr. Während insbesondere die REP auf ein seriöses Erscheinungsbild bedacht sind, sich von der neonationalsozialistischen Szene strikt abgrenzen und eher den – erfolglosen – Versuch unternehmen, Kontakte zu demokratischen Parteien zu knüpfen, grenzt sich die NPD strikt von den „bürgerlichen“ Parteien ab und paktiert mit dem neonationalsozialistischen Spektrum. Quasi im extremistischen Mittelfeld zwischen NPD und REP ist die DVU angesiedelt. Stehen für DVU und REP der Kampf um Parlamentssitze im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen, so führt die NPD derzeit vorrangig einen „Kampf um die Straße“. Die REP lassen im Unterschied zur NPD keine aggressiv kämpferische Haltung gegen die Demokratie der Bundesrepublik erkennen. Während ein Verbandsantrag gegen die NPD das Bundesverfassungsgericht mit hoher Wahrscheinlichkeit passieren würde<sup>119</sup>, wäre ein Verfahren gegen die REP aussichtslos. Der Ausgang eines Verbandsprozesses gegen die DVU wäre wiederum ungewiss. Die Partei ist in ihrer Propaganda weniger kämpferisch als die verbotenen Parteien, SRP (1952) und KPD (1956), aber deutlich aggressiver als die REP auf der Rechten, die PDS auf der Linken. Unterscheidet sich Ideologie und Programmatik der REP und der DVU im Grad der Radikalität der Zielsetzung, so gibt es keine nennenswerten Unterschiede in den Einstellungen der Wählerschaft: „Die Wähler der Republikaner und der DVU sind zwar ganz überwiegend Protestwähler; zugleich aber sind sie nach unserer Definition in ihrer großen Mehrheit Men-

---

<sup>119</sup> Zu diesem Urteil kommt auch Jürgen W. Falter, Warum ist die NPD nicht schon längst verboten? Ein Plädoyer für mehr Mut vor Richterthronen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15. Oktober 2000.

schen mit einem relativ geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild.“<sup>120</sup>

Insbesondere in den östlichen Bundesländern, bei der DVU, vor allem aber bei der NPD, lässt sich in den letzten Jahren ein gewisser Wandel der programmatischen Konturen erkennen. Die Betonung sozialer Probleme rückt zunehmend in den Vordergrund. Die „linke Kritik von rechts“<sup>121</sup> reicht bei der NPD bis hin zur Wiederbelebung des Nationalbolschewismus.<sup>122</sup> Auch in den neonationalsozialistischen „autonomen“ Kameradschaften werden zunehmend „antikapitalistische“ Parolen intoniert.

Bei Wahlen am erfolgreichsten sind derzeit weder die vergleichsweise gemäßigten REP noch die aggressive NPD, sondern die DVU. In drei Landtagen (Brandenburg, Bremen, Sachsen-Anhalt) ist die DVU derzeit vertreten, die REP dagegen nur in einem (Baden-Württemberg), die NPD in keinem. Aus der Vertretung in Parlamenten gelingt es der DVU allerdings aufgrund der Unfähigkeit und Zerstrittenheit ihrer Parlamentarier kaum politisches Kapital zu schlagen.

Im Vergleich zur Weimarer Republik ist die Stärke extremistischer Parteien weit geringer. Auch gegenüber den romanischen Demokratien Italien und Frankreich blieb der Stimmanteil extremistischer Parteien relativ klein. Nur in den Parteiensystemen der angelsächsischen Demokratien USA und Großbritannien spielen extremistische Parteien wegen des relativen Mehrheitswahlrechts eine noch geringere Rolle.<sup>123</sup> Mit Blick auf die parteipolitische extreme Rechte verhinderte bislang die Zerstrittenheit zwischen DVU, REP und NPD größere Erfolge. Immer häufiger kommt es jedoch zu Wahlabsprachen. Selbst

---

<sup>120</sup> Ders. in Zusammenarbeit mit Markus Klein, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994, S. 156. Vgl. ders., Zur Psychographie der Wähler der Republikaner und der DVU, in: Politische Studien 45 (1994), Heft 336, S. 68-91.

<sup>121</sup> Vgl. Oliver Geldszus, Die linke Kritik von rechts. Parteien: DVU und NPD erkennen die politische Bedeutung der sozialen Frage, in: Junge Freiheit vom 24. Juli 1998.

<sup>122</sup> Vgl. Jean Cremet, Eine „Partei neuen Typs“? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1079-1087.

<sup>123</sup> Vgl. Paul Hainsworth (Hrsg.), The Extreme Right in Europe and the USA, London 1992; Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus. Westliche Demokratien Europas im Vergleich, in: Ders./Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 127-168.



wenn es der extremen Rechten eines Tages gelingen sollte, in den Bundestag einzuziehen, würde eine stabile Demokratie wie die Bundesrepublik dies letztlich ebenso wie die parlamentarische Vertretung der im Kern linksextremistischen PDS verkraften. Mit staatlichen Verboten oder der Einführung des Mehrheitswahlrechts wären rechtsextremistische Parteien zwar theoretisch leicht auszuschalten, der demokratische Verfassungsstaat Bundesrepublik sollte diese Mittel jedoch ohne konkrete Gefahr für den Bestand der Demokratie nicht einsetzen. Die Existenz der Instrumente der streitbaren Demokratie reicht gewöhnlich für eine gewisse Mäßigung extremistischer Parteien in der Zielverkündung und vor allem in der Wahl ihrer Mittel aus. Der beste Demokratieschutz ist jedenfalls die Bekämpfung der Ursachen des politischen Extremismus. Dazu gehört in erster Linie eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Rechtsextremismus ist wie auch der Linksextremismus ein Auswuchs des politischen Lebens in einem demokratischen Verfassungsstaat. Unsere Demokratie wird auch weiterhin mit einem bestimmten Maß an politischem Extremismus leben müssen.

Die verbale Vorsicht beschränkt sich im rechtsextremistischen Lager auf jene Parteien, die Aussichten haben, zumindest auf Länderebene Mandate zu erringen. Sind REP und DVU aufgrund der drohenden Anwendung der „Waffen“ der streitbaren Demokratie wie Parteienverbot zu einer gewissen verbalen Mäßigung bereit, so geht der Abstieg – wie im Fall der NPD – mit einer Radikalisierung einher. Führte die NPD in den sechziger und siebziger Jahren stets das formale Bekenntnis zum Grundgesetz auf den Lippen und distanzierte sich von neonationalsozialistischen Gruppierungen, so wird dies angesichts des Niedergangs nicht mehr für nötig gehalten. Die Zusammenarbeit mit Skinheads gestaltet sich für organisierte Rechtsextremisten schwierig. Die REP grenzen sich gänzlich von der Skinheadszenen ab, im Umfeld der DVU tauchen vereinzelt Skinheads auf. Am weitesten in dem Buhlen um Skinheads geht die NPD. Aber auch in dieser Partei ist umstritten, ob die Zusammenarbeit mit den chaotischen, gewalttätigen Skinheads sich mit den hochgehaltenen Werten von Recht und Ordnung in Einklang bringen lässt. Umgekehrt können Skinheads wenig mit dem hierarchisch organisierten Innenleben rechtsextremistischer Parteien anfangen.

Mit Blick auf rechtsextremistische Gewalttäter gilt es zu beachten, dass diese nur einen relativ kleinen Personenkreis umfassen und aufgrund mangelnden

Rückhalts in der Bevölkerung kaum eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat darstellen. Allerdings bedrohen sie das Leben der von ihnen als feindlich eingestuften Staatseinwohner, vor allem Ausländer und deutsche Staatsbürger ausländischer Abstammung. Die Gefährdung durch die politische Zielsetzung tritt hier klar hinter jene durch den Einsatz von Gewalt zurück. Der demokratische Verfassungsstaat ist den potentiellen Opfergruppen ein Höchstmaß an Schutz schuldig.

Verbindungen zwischen dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus und rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten existieren im Umfeld der NPD. Sowohl zu neonationalsozialistischen Gruppen als auch zu – gewaltbereiten – rechtsextremistischen Skinheads hegt die Partei Verbindungen. Offen treten verurteilte Rechtsterroristen wie Friedhelm Busse und Manfred Roeder bei Parteiveranstaltungen auf. Roeder kandidierte 1998 sogar bei den Bundestagswahlen für die NPD. Je stärker der „Kampf um die Straße“ an Gewicht im Denken der NPD-Funktionäre gewinnt und je mehr der Kampf um Parlamentssitze in den Hintergrund rückt, desto enger werden die Verbindungen zu gewaltbereiten Rechtsextremisten. Die Absage der NPD an Gewalt zur Durchsetzung ihres politischen Ziels der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ ist mithin nur taktisch motiviert. Dies lässt sich den Parteiführungen der deutsch-nationalen Parteien, Republikaner und DVU, nicht unterstellen. Zwar sind ein kleiner Teil der rechtsextremistischen Gewalttäter Mitglieder dieser Parteien, so gab z.B. der Solinger Brandstifter Markus Gartmann an, DVU-Mitglied zu sein, aber die Gewalttaten werden nicht von diesen Parteien angeleitet und auch nicht gutgeheißen. Berührungsängste zu rechtsextremistischen Straftätern gibt es jedoch auch hier nicht. So schickte die DVU den 20-jährigen Mirko Mokry 1998 ins sachsen-anhaltinische Parlament, der u.a. drei Jahre zuvor beim Verschandeln eines Denkmals mit Hakenkreuzen erwischt worden war.

Als Erklärung für die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalttaten in den neunziger Jahren bietet die Forschungsgruppe um Willems eine „illegitime“ Erklärung an: „Eine singuläre Situation, nämlich die Überforderung der Kommunen durch zwei sich überlappende Einwanderungswellen (der Aussiedler und der Asylbewerber) hat zu Konflikten geführt, die nun in einer zweiten Phase die Konstitution einer fremdenfeindlichen Bewegung in Deutschland möglich ma-

chen.“<sup>124</sup> Die weit überdurchschnittliche Zahl an Gewalttaten in den neuen Bundesländern seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre scheint dieser Deutung auf den ersten Blick zu widersprechen, ist doch hier der Anteil von Ausländern (zwischen 1,5 und 2,3 Prozent) an der Gesamtbevölkerung weit niedriger als in den westlichen Bundesländern (zwischen 8,1 und 15,2 Prozent). Gerade der bisherige Mangel an integrierten Ausländern in den östlichen Bundesländern, deren mehrheitliches Verhalten als Widerlegung fremdenfeindlicher Ansichten dienen könnte, mag jedoch zu dieser Situation beitragen.

Gibt es überhaupt signifikante Unterschiede zwischen der Verbreitung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland? Bei nüchterner Beobachtung ist eine differenzierte Antwort angebracht. Noch 1994 stellte der Politikwissenschaftler Richard Stöss mit Blick auf die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien folgende Fragen: „Warum fallen die Wahlergebnisse im Osten Deutschlands generell schlechter aus als im Westen?“<sup>125</sup> Bis 1998 gelang es keiner rechtsextremistischen Partei in einen ostdeutschen Landtag einzuziehen. Inzwischen hat sich das Bild nach den Wahlerfolgen der DVU in Sachsen-Anhalt und Brandenburg gewandelt. Von den vier rechtsextremistischen parlamentarischen Bastionen liegen zwei im Westen (Baden-Württemberg, Bremen), zwei im Osten. Während unter den Mitgliedern der REP, aber auch der DVU Ostdeutsche im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil weit unterrepräsentiert sind, kommen überproportional viele NPD-Mitglieder, Neonationalsozialisten und rechtsextremistische Skinheads aus den neuen Bundesländern. Mehr als die Hälfte der „Boneheads“ wie der Neonationalsozialisten stammt aus den neuen Bundesländern. Es handelt sich dabei keineswegs um ein durch die Vereinigung aus dem Westen importiertes Problem. Neonationalsozialistische Gruppierungen und Skinhead-Cliquen existierten bereits in der DDR. Im Oktober 1988 hatte das Ministerium für Staatssicherheit

---

<sup>124</sup> Roland Eckert/Helmut Willems/Stefanie Würtz, Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 165.

<sup>125</sup> Richard Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder (Hrsg.), Rechtsextremismus, Opladen 1994, S. 26. Vgl. demgegenüber Stöss (Anm. 3), S. 161.

1.067 Skinheads im Visier.<sup>126</sup> Die Situation sollte jedoch nicht dramatisiert werden. Auch in Ostdeutschland finden neonationalsozialistische Parolen nur die Sympathien einer kleinen Minderheit. Mit Blick auf fremdenfeindliche Straftaten zeigte sich während der Hochzeit fremdenfeindlicher Gewalttaten 1993/94 kein Ost-West-Gefälle, inzwischen hat sich dies allerdings geändert. Auch hinsichtlich des rechtsextremen Potentials in der Bevölkerung kommen Umfragen erst in jüngster Zeit zu dem Ergebnis einer größeren Verbreitung entsprechender Einstellungen im Osten.<sup>127</sup>

---

<sup>126</sup> Vgl. Walter Süß, Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin 1993, S. 106. Vgl. auch Peter Ködderitzsch/Leo A. Müller, Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990.

<sup>127</sup> Vgl. u.a. Rechtes Potenzial. Eine Forsa-Umfrage für Die Woche zeigt, dass rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen im Osten stärker verbreitet sind als im Westen, in: Die Woche vom 9. Juni 2000.

## **Der Autor**

*Dr. Steffen Kailitz*

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur politische Systeme,  
politische Institutionen der TU Chemnitz.